



Stadt Aarau

Protokoll des Einwohnerrates

7. Sitzung 2013

vom Montag, 14. Oktober 2013, 19.00 Uhr, im Grossratssaal

Vorsitzender

Marc Dübendorfer, Präsident

Anwesend

48 Mitglieder des Einwohnerrates

7 Mitglieder des Stadtrates

Dr. Martin Gossweiler, Stadtschreiber

Madeleine Schweizer, Leiterin Abteilung Finanzen und Liegenschaften

Marco Andreoli, Leiter Sektion Finanzen

Matthias Mundwiler, Controller

Daniel Fondado, Präsident der Schulpflege

Marius Stadtherr, Mitglied der Schulpflege

Protokoll

Stefan Berner, Vize-Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend

Lotty Fehlmann Stark, Einwohnerrätin

Christoph Waldmeier, Einwohnerrat

Traktanden

	Seite
1. Mitteilungen	263
2. Inpflichtnahme von Eva Schaffner Wicki und Christian Oehler als neue Ratsmitglieder	264
3. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2010/2013 (anstelle des zurückgetretenen Jürg Dietiker)	265
4. Anfragen	
4.1 Irene Bugmann Oelhafen: Stand der Arbeiten FuSTA Rohr	266
4.2 Rainer Lüscher: Budget 2014 PG 21 Stadtmuseum Schlössli	268
4.3 Martina Suter: Zwischennutzung Reithalle	270
5. Budget 2014 der Einwohnergemeinde Aarau	272
6. Kreditabrechnung Sanierung von 5 Entsorgungsanlagen	308

78. Mitteilungen

Marc Dübendorfer, Präsident: Ich begrüße alle Anwesenden ganz herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung. Wir kommen zum Restprogramm der seit dem Januar 2010 laufenden Legislatur. Es sieht so aus, dass die Einwohnerratssitzung vom 11. November voraussichtlich nicht stattfinden wird. Wir werden das in der nächsten Woche sehen. Es wird dann keine Einladung, sondern eine Mitteilung verschickt, ob die Einwohnerratssitzung definitiv entfällt. Sicher wird die Sitzung vom 9. Dezember stattfinden. Wir werden dann auch einen Abschlussanlass durchführen. Zum Ablauf der heutigen Sitzung gibt es vorab noch folgende Informationen: Sie haben bei der Traktandenliste die Inpflichtnahme von Eva Schaffner Wicki gesehen. Nicht traktandiert ist die Inpflichtnahme von Christian Oehler, FDP. Er stellt sich als Ersatz für den zurückgetretenen Reto Leiser zur Verfügung. Dieses Geschäft muss nicht unbedingt traktandiert werden. Die Traktandenliste hat diesbezüglich rein informativen Charakter. Die Inpflichtnahme ist eine reine Formalie, welche von mir als Präsidenten in alleiniger Befugnis durchgeführt werden kann. Deshalb werden wir heute unter Ziffer 2 der Traktandenliste beide neuen Mitglieder in Pflicht nehmen. Bezüglich des Traktandums 3, Ersatzwahl eines Mitgliedes der FGPK, haben wir heute eine kurze Mitteilung betr. Andrea Dörig erhalten. Wir werden beim Traktandum 3 darauf zurückkommen.

Der **Präsident** gibt die Entschuldigungen bekannt.

79. Inpflichtnahme von Eva Schaffner Wicki und Christian Oehler als neue Ratsmitglieder

Marc Dübendorfer, Präsident: Das Wahlbüro der Stadt Aarau hat **Eva Schaffner Wicki** (anstelle von Jürg Dietiker) mit Entscheid vom 10. September 2013 und **Christian Oehler** (anstelle von Reto Leiser) mit Entscheid vom 11. September 2013 als gewählt erklärt. Sie haben die Wahl angenommen.

Der Vorsitzende verliest die Gelöbnisformel gemäss § 3 des Geschäftsreglementes.

Eva Schaffner Wicki und Christian Oehler leisten das Gelöbnis durch Nachsprechen der Worte: *"Ich gelobe es"*.

Die neuen Mitglieder des Einwohnerrates stellen sich danach mit eigenen Worten kurz vor.

Marc Dübendorfer, Präsident: Ich heisse Eva Schaffner Wicki und Christian Oehler herzlich im Einwohnerrat willkommen und wünsche ihnen eine interessante Zeit.

Traktandum 3

80. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2010/2013 (anstelle des zurückgetretenen Jürg Dietiker)

Marc Dübendorfer, Präsident: Zu diesem Traktandum ist von Oliver Bachmann ein **Ordnungsantrag** angekündigt worden.

Oliver Bachmann: Ich stelle den Antrag, das Traktandum 3, Ersatzwahl eines Mitgliedes der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2010/2013, zu streichen. Die SP-Fraktion hat gemäss der Sitzverteilung Anspruch auf diesen Sitz. Auch hätten wir eine Kandidatin, die sich notfalls zur Verfügung stellen würde. Aber im Geschäftsreglement des Einwohnerrates § 5 Abs. 4 steht folgendes geschrieben: "Die Mitglieder einer ständigen Kommission des Einwohnerrates sind nach zwei aufeinanderfolgenden Amtsperioden nicht mehr in die gleiche Kommission wählbar. Eine Amtsdauer von weniger als vier Jahren wird als ganze Amtsdauer angerechnet." Heute haben wir vom Präsidenten erfahren, dass die Novembersitzung sehr wahrscheinlich ausfällt und auch noch unklar ist, ob es an der Dezembersitzung Traktanden für die FGPK gibt. Trotzdem würde das bedeuten, dass unsere Kandidatin maximal bis Ende Legislatur in der Kommission bleiben könnte, würde sie zu Beginn oder im Verlauf der nächsten Legislatur wieder in die FGPK gewählt. In der vergangenen Woche haben viele Einwohnerrätinnen und -räte in den Medien den Wunsch nach mehr Beständigkeit im Rat und wohl auch in den Kommissionen geäussert. Diese Situation hier ist jetzt aber eine äusserst ungünstige Voraussetzung für mehr Beständigkeit, dies auch speziell für eine Kandidatin, welche sich zum heutigen Zeitpunkt auch ein längeres Engagement im Einwohnerrat vorstellen kann. Ich bitte Sie daher, diesem Ordnungsantrag zuzustimmen.

Marc Dübendorfer, Präsident: Wenn dieser Ordnungsantrag angenommen wird, ist dieses Traktandum gestrichen und die FGPK würde allenfalls an einer Sitzung für den 9. Dezember in einer Unterbesetzung starten. Wenn der Ordnungsantrag nicht obsiegt, müsste die Wahl durchgeführt werden. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Ordnungsantrag:

*Der Ordnungsantrag von Oliver Bachmann auf Streichung des Traktandums 3 wird einstimmig **angenommen**.*

Somit entfällt das Traktandum 3.

81. Anfrage Irene Bugmann Oelhafen: Stand der Arbeiten FuSTA Rohr

Am 11. Oktober 2013 hat Einwohnerrätin **Irene Bugmann Oelhafen** eine schriftlich begründete Anfrage mit folgenden Fragestellungen eingereicht:

1. *Wurden bereits Liegenschaften sowie Neubauoptionen geprüft. Falls ja, welche? Wo bestehen Unklarheiten?*
2. *Wie wird der Stadtrat das Jahresziel umsetzen, wenn von einer Inbetriebnahme Mitte 2014 zu Beginn des Schuljahres ausgegangen wird und im Oktober 2013 noch keine Zahlen vorhanden sind, die eine Botschaft an den Einwohnerrat erlauben oder zumindest die Aufnahme ins Budget ermöglichen?*
3. *Wie und wann soll die Ausschreibung für den Betrieb erfolgen? Wurden schon Gespräche geführt?*

Michael Ganz, Stadtrat: Ich werde diese Fragen mündlich beantworten, da die Zeit übers Wochenende nicht gereicht hat, einen Bericht an den Stadtrat zu verfassen. Ich bin aber der Meinung, dass es auch richtig ist, diese Fragen jetzt möglichst schnell beantworten zu können. Es ist so, dass schon im letzten Jahr, also vor einiger Zeit, diese Motion überwiesen worden ist. Der Stadtrat hat dann nicht nichts getan, auch wenn er heute leider noch nichts präsentieren kann. Er hat dieses Geschäft dem Stadtbauamt mit dem Auftrag zugewiesen, Örtlichkeiten zur Ansiedelung der Kinderkrippen zu suchen. Dies könnte entweder in den bestehenden Gebäuden oder irgendwo in Form eines Neubaus oder anderer Baute sein. Bis jetzt ist es leider noch nicht so weit gekommen, wie wir es damals erwartet haben.

Frage 1: Es sind verschiedene Optionen angeschaut worden. Insbesondere wurde auch mit der Kreisschule Buchs-Rohr Kontakt aufgenommen. Im Moment wird eine gemeinsame Lösung im Zusammenhang mit dem Kindergartenneubau favorisiert. Man will also keinen Alleingang für die Krippe machen. Der heutige Stand sieht so aus, dass dieses Geschäft noch nicht beim Stadtrat vorlag. Es ist im Moment noch auf der Stufe des Stadtbauamts. Inzwischen ist man der Meinung, dass man mit dem Neu- oder Modulbau dieses Angebot lösen möchte. So können Sie sich ja ausrechnen, dass es noch einige Zeit dauern wird, bis das steht.

Frage 2: Der Stadtrat hat diese Frage diskutiert. Ich will Ihnen jetzt aber keine Versprechungen abgeben. Ich hätte leicht reden, da ich dann ja nicht mehr hier sein werde. Der Stadtrat erwartet, dass mit allen Möglichkeiten angestrebt wird, eine Lösung zu finden, auch wenn sie provisorisch sein wird und am Anfang vielleicht nur für eine halbe Gruppengrösse reicht. Im nächsten August, wenn das Schuljahr 2014/15 startet, soll ein Angebot vorhanden sein. Im Kleinkinderbereich, also beim Hort, ist die Flexibilität grösser. Dort sollen jetzt intensiv Lösungen gesucht werden, sodass man sich provisorisch irgendwo einmieten könnte. Es sind Objekte vorhanden. Diese entsprechen alle nicht unseren eigentlichen Anforderungen bezüglich der Grösse usw. Dabei geht es immer auch um Sicherheits- und Haftungsfragen. Der Stadtrat hat sich nun aber dahingehend geäussert und mir den Auftrag gegeben, das prioritär und in Zusammenarbeit mit den Sozialen Diensten anzugehen. Bei der Erarbeitung des Bud-

gets war der Stand so wie auch heute, dass nichts ins Budget aufgenommen werden konnte, weil noch keine Entscheide vorlagen. Wenn aber, wie gesagt, im Jahre 2014 ein Angebot starten soll, braucht es dazu natürlich auch Mittel. Es bräuchte etwas für die Räumlichkeiten, aber auch für den Betrieb und die Finanzierung. Über Nachtragskredite oder über eine separate Vorlage an den Einwohnerrat gibt es schon noch Möglichkeiten, Mittel zu sprechen. So ist es dann auch wieder dem Einwohnerrat überlassen, dem Geschäft zuzustimmen oder nicht. Wenn jetzt nichts im Budget enthalten ist, heisst das nicht, dass es unmöglich wäre, im Jahre 2014 etwas zu tun, aber Sie müssten dann auch wieder Hand dazu bieten.

Frage 3: Dieses Thema soll jetzt eben prioritär für eine Übergangsfrist oder ein Provisorium im Zusammenhang mit einer definitiven Lösung geprüft werden. Das Angebot im Krippen- und Hortbereich muss noch einmal genau definiert werden. Dort macht es dann Sinn, definitive Lösungen anzubieten, wenn man weiss, was bereitgestellt werden muss, wenn eine Ausschreibung vorgenommen wird. Es ist aber wie gesagt vorgesehen, das andere noch in diesem Jahr anzugehen.

Die **Anfragestellerin** ist von dieser Antwort befriedigt.

82. Anfrage Rainer Lüscher: Budget 2014 PG 21 Stadtmuseum Schlössli

Am 10. Oktober 2013 hat Einwohnerrat **Rainer Lüscher** eine schriftlich begründete Anfrage mit folgenden Fragestellungen eingereicht:

1. *In der Botschaft des Stadtrates an den Einwohnerrat vom 29. Juni 2009 unterbreitete der Stadtrat dem Einwohnerrat unter dem Punkt 6.3 einen Finanzierungsvorschlag für die Einrichtung, Ausstattung und Neupositionierung des neuen Stadtmuseums Schlössli. Der Finanzierungsvorschlag für die Einrichtung, Ausstattung und Neupositionierung zeigte die Ambition, die benötigten Fr. 2'258'000.-- komplett durch Drittmittel zu erreichen und war somit nicht im Kostenvoranschlag des Bauprojektes enthalten. Wie sieht der Stand heute aus?*
2. *Kamen die fehlenden Mittel von rund Fr. 460'000.-- zusammen durch private Stiftungen und durch Beiträge des Kantons oder musste die Variante der Verzichtplanung gewählt werden?*
3. *Mit wie viel Fremdleistungen für konzeptionelle Arbeit, Hardware, Technik, Organisation, usw. muss für die neue Grundaussstellung und für künftige Wechselaussstellungen gerechnet werden?*
4. *Wer übernimmt in Zukunft die Rolle des Botschafters zum Einholen von entsprechenden Sponsorenbeiträgen (Fundraising)?*

Carlo Mettauer, Stadtrat: Ich komme gleich zur Beantwortung der Fragen:

Fragen 1 und 2: Wie Sie in der Anfrage lesen konnten, geht es um den Finanzierungsvorschlag vom 29. Juni 2009 für die Innenausstattung, Einrichtung und Neupositionierung. Seither ist eine gewisse Zeit vergangen. Sie müssen keine Angst haben, ich komme jetzt nicht gleich mit einer grösseren Zahl auf Sie zu. Der Stand sieht so aus, dass wir in der Tat zwei gewichtige Legate erhalten haben. Beim einen handelt es sich um das Legat "Bolens" von 1 Mio. Franken, welches für diese Ausstattung eingesetzt werden konnte. Das andere ist die Schenkung von mehr als 700'000 Franken, welche von der Gesellschaft "Freunde Stadtmuseum Aarau" in diesem Jahr übergeben worden ist. Tatsächlich fehlt noch ein gewisser Betrag. Wir haben verschiedene Stiftungen angefragt und auch Zusagen erhalten. Ein grösserer Betrag ist jetzt im Oktober zur Überweisung fällig. Es ist aber auch so, dass man auf der anderen Seite eine Art "Justierung" ins Auge gefasst hat. Man möchte, wie das damals auch geplant worden ist, eine "Punktlandung" betr. Eigenfinanzierung der Innenausstattung, Einrichtung und Neupositionierung des Schlössli erreichen. Also auch dort sind wir daran, diese Zahl, welche aber nicht in Stein gemeisselt, sondern 2009 einmal so erhoben worden ist, möglichst genau zu erreichen.

Frage 3: Diese Frage steht im Zusammenhang mit dem Ausstellungskonzept. Das wird nachher auch im Rahmen der Budgetierung 2015 von Ihnen zu debattieren und darüber abzustimmen sein. Natürlich wird da einmal im Zusammenhang mit dem Museum Schlössli ein Vor-

schlag gemacht werden. Sie konnten es auch im Konzept lesen, dass aber keine sehr grossen Höhenflüge in Sachen Mehraufwand zu erwarten sind. Natürlich will man sich positionieren und das, was im Konzept angekündigt worden ist, auch umsetzen. Das wird dann also eine Sache des Budgetprozesses sein.

Frage 4: Die Gesellschaft "Freunde Stadtmuseum Schlössli" bleibt hier glücklicherweise weiterhin aktiv. Sie hat nicht nur einfach den Scheck übergeben und gesagt, man löse nun die Gesellschaft auf. Nein, ganz im Gegenteil: Die Gesellschaft arbeitet weiter. Man hofft natürlich auch auf weitere Legate oder Schenkungen. Wir haben auch immer wieder Bürgerinnen und Bürger, welche nebst Kunstgegenständen, die sie dem Schlössli schenken, testamentarisch namhafte Geldbeträge hinterlassen. Es wird sicher auch von Seiten der Leitung des Stadtmuseums Schlössli ein Augenmerk auf das Thema "Fundraising" gelegt werden. Bei den Arbeiten, welche im Schlössli im Hinblick auf Ausstellungen laufen, will man natürlich auf bestehende Ressourcen zurückgreifen und mit externen Kuratorinnen und Kuratoren zusammenarbeiten. Dies soll aber immer im Rahmen des Budgets passieren.

Der **Anfragersteller** ist von dieser Antwort befriedigt.

83. Anfrage Martina Suter: Zwischennutzung Reithalle

Am 11. Oktober 2013 hat Einwohnerrätin **Martina Suter** eine schriftlich begründete Anfrage mit folgenden Fragestellungen eingereicht:

1. *Wie ist der Stand der Verhandlungen mit dem Kanton zum Projekt „OXER“? Im Politikplan ist eine mögliche Realisierung für 2017/18 vorgesehen. Wie realistisch ist dieser Zeithorizont aus heutiger Sicht?*
2. *Wie sieht das Konzept der Zwischennutzung aus?*
3. *Inwieweit wurde geprüft, ob auch ein Ausgehlokal für Jugendliche zwischenzeitlich in der Reithalle untergebracht werden könnte?*
4. *Inwieweit wird sich die Situation bezüglich künftiger Nutzung der Reithalle ändern, falls die Verträge seitens des Bundes für das gesamte Kasernenareal gekündigt würden? Wird die Nutzung der Reithalle bei der Erfüllung der im 23. September 2013 überwiesenen Motion "Kasernenareal – Entwicklungsstrategie für die Stadt Aarau" nochmals überdacht?*

Carlo Mettauer, Stadtrat: Ich beantworte Ihnen die Fragen wie folgt:

Frage 1: Im Moment laufen mit dem Kanton keine grossen Verhandlungen. Es gibt eine Steuergruppe, welche paritätisch von Vertreterinnen und Vertretern des Kantons, von der Abteilung Kultur, Ressourcen Immobilien, von der Theaterfachstelle und von Regina Jäggi und mir als Vertretung des Stadtrates zusammengesetzt ist. Auch der Präsident des Vereins Tuchlaube hat Einsitz in der Gruppe. Mir obliegt die Leitung dieser Steuergruppe. Die vorgesehene Realisierung im Zeithorizont 2017/18 ist nach wie vor realistisch, v.a. wenn 2014 die Planung mit den entsprechenden Krediten fortgesetzt werden kann. Wenn wir in der geplanten Zeitachse weiterarbeiten können, ist eine Eröffnung im Jahr 2019 möglich.

Frage 2: Der Vertrag für die Zwischennutzung mit T.u.T. läuft Ende Oktober 2013 aus. Es war eigentlich eine erfolgreiche Zwischennutzung. Ich muss das hier nicht speziell hervorheben, das konnten Sie immer wieder lesen, auch von Seiten des Publikums her. Man wird im Zeitraum Oktober/November, zusammen mit dem Kanton und unter der Federführung der Abteilung Kultur Theaterfachstelle, ein neues oder erweitertes Zwischennutzungsprogramm aufschalten. Wir haben ja dementsprechend unseren Betrag auch wieder im Budget 2014 unter der Rubrik "Kultur" eingestellt.

Frage 3: Die Prüfung war nicht sehr umfassend und profund, aber wir haben in einer der letzten Steuergruppensitzungen kurz darüber diskutiert. Von der Vertretung des Kantons, als Besitzerin dieser Immobilie, ist klar ausgesagt worden, was es alles an Anpassungen und ungefähren Mitteln brauchen würde, damit die Reithalle für eine solche Nutzung überhaupt zugelassen werden könnte. Hier geht es um Schallisolationen, Fluchtwege und Brandschutzmassnahmen, usw. Da häufen sich schnell einmal Millionenbeträge. Deshalb besteht in diesem

Bereich keine Möglichkeit, weder für den Kanton noch für die Stadt. Wir sind jetzt ja mitten in der Umsetzung der Planung der zukünftigen Nutzung des Oxers.

Frage 4: Die Antwort lautet hier klar Nein. Die beiden Geschäfte haben absolut nichts miteinander zu tun, ausser dass dort die Reithalle an den Perimeter angrenzt. Der Stadtrat hat mit dem Kanton schon immer in die Richtung der geplanten Nutzung der Reithalle hingearbeitet. Eine allfällige Areal- und Entwicklungsstrategie des Kasernenareals hat auch einen ganz anderen Zeithorizont. Die Reithalle gehört zu den schützenswerten Militärbauten, und zwar nicht nur des Kantons Aargau, sondern auch des Bundes. Wir haben dort also gar nicht viele Möglichkeiten. Besitzerin ist, wie gesagt, der Kanton Aargau. So sieht die Situation aus.

Die **Anfragerin** ist von dieser Antwort befriedigt.

84. Budget 2014 der Einwohnergemeinde Aarau

Der Stadtrat unterbreitet dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft die folgenden

- Anträge:**
1. *Das Budget 2014 der Einwohnergemeinde Aarau sei mit den Globalaufträgen der Produktgruppen sowie mit einem Steuerfuss von 94 % zu genehmigen.*
 2. *Es sei die Produktgruppe 15 in "Abschreibungen/Abschluss" umzubenennen unter gleichzeitiger, entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement.*
 3. *Es sei die Produktgruppe 41 in "Freiwillige Sozialarbeit" umzubenennen unter gleichzeitiger, entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement.*

Marc Dübendorfer, Präsident: Diese Vorlage wurde uns vom Stadtrat vor einiger Zeit zugestellt. In der Zwischenzeit sind zahlreiche Abänderungsanträge eingegangen. Damit wir eine Übersicht über das anschliessende Vorgehen haben, möchte ich die Abänderungsanträge vorgängig mit Ihnen zusammen etwas bereinigen bzw. einen Überblick darüber geben. Zuerst wird wie immer die Globaldebatte nach den Kommissionsreferaten stattfinden. Nach den Globalreferaten kommen wir zur Detaildebatte. In der Detaildebatte werden wir zu den Abänderungsanträgen kommen, und zwar in der Reihenfolge der Produktgruppen. Wir gehen also die ganze Budgetvorlage von Seite 1 bis zum Schluss miteinander durch. Die bereits vorhandenen Anträge, welche ich jetzt dann aufführe, sind bereits vorgemerkt. Sollte aus irgendeinem Grund ein Antrag vergessen gehen, ist der Antragssteller bzw. die Antragsstellerin aufgefordert, sich sofort zu melden, wenn ein Antrag zu einer bestimmten Produktgruppe gestellt werden möchte. Bei der Produktgruppe 1 liegt ein Antrag von Hanspeter Hilfiker, FDP, vor. Dazu wird sich der Stadtrat dann ausführlich zur Frage äussern, ob und wie das Anliegen heute überhaupt in eine Beschlussfassung einfließen kann. Bei der Produktgruppe 20 haben wir nach Massgabe des zeitlichen Eingangs zuerst den Antrag von Ueli Hertig, Pro Aarau, und dann den Antrag von Susanne Heuberger, SVP. Bei der Produktgruppe 26 liegen zwei Einzelanträge von Martina Suter, FDP, vor. Bei der Produktgruppe 30 liegt ein korrigierter Antrag von Gabriela Suter, SP, vor. Darauf werden wir noch zu sprechen kommen. Danach geht es bereits weiter mit Anträgen zur Investitionsrechnung. Dort liegt eine ganze Reihe von Anträgen vor. Es sind neun Anträge, welche aus Eingaben der SVP, der FDP und teilweise der CVP stammen. Anschliessend liegt uns ein Antrag der FGPK zur Investitionsrechnung unter dem Titel "Strasseninvestitionen" vor. Bei der Seite 99 der Investitionsrechnung liegen uns drei Anträge von Hanspeter Hilfiker, FDP, und Jürg Schmid, SVP, vor. Das wäre der Überblick über die zurzeit vorhandenen Anträge. Diese Anträge sind also bis jetzt bei uns eingegangen. Ich hoffe, es kommen nicht noch zahlreiche weitere Anträge. Sollte das der Fall sein, so bitte ich dringend darum, diese schriftlich festzuhalten. Beim Steuerfuss gibt es einen Antrag von der Fraktion Grüne/JETZT!. Dieser Antrag hat eine spezielle Stellung, muss er doch dem stadträtlichen Antrag gegenübergestellt werden. Bei allen anderen, bislang gestellten Anträgen, wird einfach jeweils mit Ja oder Nein darüber abgestimmt. Der letztgenannte An-

trag von der Fraktion Grüne/JETZT! betr. Steuerfusserhöhung auf 100 % wird in einer Vorabstimmung dem stadträtlichen Antrag gegenübergestellt. Der obsiegende Antrag kommt dann in die Schlussabstimmung. Ich gehe davon aus, dass die Anträge 2 und 3 des Stadtrates zu keinen grossen Debatten Anlass geben werden. So wäre grob aufgezeichnet die Vorgehensweise. Nachdem es dazu keine Bemerkungen gibt, kommen wir nun zu den Kommissionsreferaten.

Werner Schib, Präsident der FGPK: Für die Beratung des Voranschlags 2014 sind der FGPK Stadtpräsident Guignard, Finanzverwalterin Frau Schweizer und Herr Mundwiler, Controller, als Auskunftspersonen zur Verfügung gestanden. Wir haben zuerst einen Theorie-Teil gehabt. Frau Schweizer hat uns eine kurze Einführung ins Harmonisierte Rechnungsmodell 2 (HRM2) gegeben. Das Handout ist für alle auf dem Extranet einsehbar. Im zweiten Teil haben die Auskunftspersonen dann festgestellt, dass das Budget 2014 keine besonderen Überraschungen enthalte. Neue Projekte oder Tätigkeiten seien nicht geplant. Die Erfolgsrechnung enthalte keine speziellen Veränderungen und das Investitionsbudget habe gegenüber dem Politikplan nur eine leichte Erhöhung erfahren. Bei einem städtischen Gesamtumsatz von 160 Mio. Franken resultiert ein negatives operatives Ergebnis von minus 4,3 Mio. Franken. Die Zahl liegt im Bereich der Vorjahre bzw. des laufenden Jahres. Der operative Verlust kommt in etwa einer Selbstfinanzierung von 9 Mio. Franken gleich, was leicht höher liegt als im Budget 2013. Die Auskunftspersonen haben festgehalten, dass bei einem Steuerfuss von 100 % das Jahresergebnis ausgeglichen wäre. Trotzdem verzichtet der Stadtrat auf eine Steuerfusserhöhung. Der Stadtrat ist der Auffassung, dass der budgetierte Verlust verkräftet werden kann. Mit dem kommenden Stabulo 2-Programm wird dem Einwohnerrat ein Gesamtpaket vorgelegt, das verschiedene Massnahmenvorschläge enthalten wird. Diesem Stabilopaket wollte der Stadtrat nicht vorgreifen. Er hat deshalb für das Jahr 2014 ein normales Budget vorgelegt, das keine drastischen Stabulo 2-Massnahmen enthält. Die geplanten Investitionsausgaben belaufen sich auf netto 51 Mio. Franken. Von diesem Betrag sind rund 30 Mio. Franken bereits bewilligte Kredite. Bei diesen Zahlen ist offensichtlich, dass Aarau zurzeit eine grosse Investitionswelle zu bewältigen hat. Wir haben in der Kommission besprochen, ob die Investitionen, die noch nicht beschlossen sind, auf ihre Notwendigkeit überprüft worden sind und ob nicht die eine oder andere Investition verschoben werden kann. Für den Stadtrat ist klar, dass Investitionen, die bereits ausgelöst sind, nicht mehr verschoben werden sollen und dass auch der notwendige Unterhalt nicht vor sich her geschoben werden dürfe. Zu den einzelnen Produktgruppen, die von der FGPK geprüft worden sind, möchte ich nur zwei einzelne Hinweise geben: Uns ist aufgefallen, dass der Nettoaufwand bei der PG 04, Organisation und Informatik, deutlich höher ist als in der Rechnung 2012, nämlich um rund 300'000 Franken. Das zeigt, dass die PG 04 im Rahmen von Stabulo 2 wirklich einer genaueren Prüfung unterzogen werden muss. Bei der PG 10, Steuern, haben wir festgestellt, dass der Veranlagungsstand seit langer Zeit bei rund 70 % liegt. Das ist nicht berauschend. Dazu hat der Stadtrat festgehalten, dass es überhaupt schwierig sei, den Veranlagungsstand bei 70 % zu halten, weil einige personelle Wechsel erfolgt seien. Zudem seien die personellen Mittel des Steueramtes im Verhältnis zu vergleichbaren Gemeinden eher an der unteren Grenze. Und dann werde sich auch weisen, ob der Wechsel der Veranlagungslösung eine Änderung beim Veranlagungsstand bringen werde. Wir haben dann selbstverständlich auch bei der Investitionsrechnung einzelne Investitionen besprochen. Ein Teil dieser Investitionen wird dann sicher auch noch bei der folgenden Detailberatung Gegenstand von Diskussionen sein. Bezüglich einer Investition stellt die FGPK dem Einwohnerrat einen Streichungsantrag: Das Projekt Verbindung Igelweid-Graben von 250'000 Franken sei aus der Investitionsrechnung zu streichen. Dieser Antrag wurde mit 8:2 Stimmen angenommen. Da waren wir der Meinung, dass

dies keine notwendige Investition sei. Am Schluss unserer Diskussion haben wir noch einen Antrag auf eine Steuerfusserhöhung diskutiert. Die FGPK hat mit Stichentscheid des Präsidenten den Antrag auf eine Steuerfusserhöhung auf 100 % abgelehnt. Auch darüber können wir dann im Einwohnerrat noch diskutieren. In der Schlussabstimmung ist das Budget 2014 ebenfalls mit Stichentscheid des Präsidenten mit 5:5 Stimmen angenommen worden.

Therese Dietiker, Präsidentin der Sachkommission: Die Sachkommission hat in ihrer Sitzung vom 17. September das Budget 2014 diskutiert und ohne grosse Kommentare für ihre Produktegruppen verabschiedet. Sie sagte auch Ja zum Antrag des Stadtrates, die Produktegruppe 41 in "Freiwillige Sozialarbeit" umzubenennen. Bis jetzt hiess die PG 41 "Freiwillige Sozialarbeit und Projekte". Nach einer inhaltlichen Einführung durch den Stadtpräsidenten, der das vorliegende Budget, wie das bereits der Präsident der FGPK erwähnt hat, als "keine grosse Überraschung" bezeichnete, hat uns Madeleine Schweizer einige Eckpunkte der neuen Rechnungslegung nach HRM2 präsentiert. Ich erwähne nun einige unserer Diskussionspunkte. Zu den Jahreszielen: In Bezug auf das riesige geplante Investitionsvolumen wurde gefragt, ob auch auf bereits beschlossene Projekte verzichtet werden könnte. Dies wäre nur möglich durch einen Vorstoss. Der Stadtrat würde dann dem Einwohnerrat eine Botschaft vorlegen, die nach der Genehmigung ev. noch an der Urne bestätigt werden müsste. Beschlossene Geschäfte können höchstens hinausgeschoben werden, aber ein rechtskräftiger Entscheid fordert die Umsetzung. Alles andere wäre höchst undemokratisch. Das Altersleitbild besteht noch nicht lange, fordert jedoch selbst, dass es nach spätestens fünf Jahren überarbeitet werden soll. Dabei sollen abgeschlossene Massnahmen abgehakt werden. Einige Punkte bedürfen einer Evaluation und Neubeurteilung. Ich komme nun zu den Produktegruppen. PG 20, Kultur: Trotz allgegenwärtigen Sparabsichten bekommt der Kunstverein 50'000 Franken mehr. Dies sei eine politische Gewichtung. Die Unterstützung der Ausstellungsgestaltung im Kunsthaus bringe der Stadt viel, so die Auskunftsperson. Andere Differenzen zur letztjährigen Rechnung gehen von entsprechend gestellten Gesuchen aus. Der Stadtrat hat jedoch keine so strikte Beitragsregelung, wie dies beim Sportkonzept der Fall ist. Es wurde angeregt, auch in Rohr eine Plakatwand für Kulturveranstaltungen aufzustellen. PG 22, KuK: Die erfreuliche Nutzung der grossen Säle steht etwas im Gegensatz zur 25 %-Nutzung der Nebenräume, die beworben, aber nicht häufig gebucht werden. PG 23, Bibliothek: Die Kosten pro Anleihe steigen aufgrund der neuen Rechnungslegung, bei welcher Abschreibungen und Verrechnungen von Leistungen wie z.B. PC-Support usw. neu oder anders verrechnet werden. Der geplante Rückgabebuchkasten am Bahnhof wurde kontrovers diskutiert: Soll die Bibliothek auf Kundenwünsche eingehen oder möglichst einfach und billig wirtschaften? PG 26, Sport: Es wurde zum wiederholten Mal festgestellt, dass der Sport im Gegensatz zur Kultur mit kleineren Beiträgen zu rechnen hat. Trotzdem profitieren die umliegenden Gemeinden extrem von diesem Angebot. Sie sollten vermehrt für eine Beteiligung gewonnen werden. Die Auskunftsperson betonte jedoch, dass der Vergleich mit der Kultur hinke, da z.B. die Hallen, die KEBA und die Schwimmbäder nicht über die Produktegruppe 26 laufen. PG 30, Schule: Endlich sind die Wirkungs- und Leistungsziele angepasst und neu. Die Sachkommission erachtete es auch als wertvoll, Ziele für die Übertritte festzulegen. Ob das Leistungsziel der Qualität "Qualifikation der Lehrkräfte entspricht der jeweiligen Schulstufe" wirklich zu 100 % umgesetzt werden kann, ist offen, da es nach wie vor schwierig ist, Lehrkräfte mit Oberstufendiplomen ans OSA oder Kindergartenlehrpersonen zu finden. Die Verteuerung der Schulrechnung um 715'500 Franken ist vor allem im neuen Schulsystem 6/3 (Wegfall von Gemeindebeiträgen für ein Bez.-Schuljahr) und den Löhnen für die Lehrkräfte zu suchen, die der Kanton auszahlt und den Gemeinden nach einem immer wieder neu festgelegten Schlüssel weiter verrechnet. Aufgrund der Spitalfinanzierung wird 2014 der Schlüssel für die Lehrerlöhne höher ausfallen. PG

31, Musikschule: Die Musikschule rechnet mit einer Zunahme der Musikschüler, was von der Kommission infrage gestellt worden ist. Zudem wurde nachgefragt, ob es wirklich Sinn machen könne, wenn die Kadettenmusik mit 35 Anlässen pro Schuljahr rechnet. Das ist ein Auftritt pro regulärer Schulwoche und führt dazu, dass man nicht unbedingt mit neuen Musikantinnen und Musikanten rechnen kann. PG 51, Feuerwehr: Diese kann man 2014 natürlich nicht zum halben Preis haben. Da handelt es sich um einen Druckfehler. Richtig wären 69 Franken pro Einwohner. Die Verschiebung hat gemäss Auskunftspersonen vor allem auch mit der neuen Rechnungslegung zu tun. PG 70, Werkhof: Es wurde festgestellt, dass von der Leistungsanalyse eher mehr erwartet worden ist. Die Redimensionierung hat vom Nettoaufwand her gesehen wenige Auswirkungen. Weil nur die Nettoaufwendungen verglichen werden können, könnten es aber durchaus auch andere Ausgabenposten sein, welche die eingesparten Personal- und Fahrzeugkosten im Werkhof schmälern. Dies ist im Budget nicht ersichtlich. 71, Schwimmbad: Das Leistungsziel der Kundenzufriedenheit ist weiterhin umstritten. Dass die Energiekosten nach oben angepasst werden müssen, ist unschön. Dies kann an zu tiefen Prognosen liegen oder kann mit der Abdeckung des Bassins zu tun haben, die teilweise nicht benutzt wurde, weil sie schwierig zu handhaben sei. Investitionsrechnung: Weil im Kindergartenschulkreis Aare Nord über den ganzen Zeithorizont 2014 bis 2022 mit einer dritten Abteilung gerechnet werden muss, hat der Stadtrat die Planung für drei Kindergartenabteilungen als Ersatz des gegenwärtigen Gebäudes beschlossen. Mit dem heutigen Budget genehmigen Sie den Projektierungskredit von 300'000 Franken. Ein Standort für die FUSTA Gönhard ist gemäss Auskunftspersonen noch nicht in Sicht. Wie bereits am Anfang gesagt: Die Sachkommission hatte am Budget ihrer Produktgruppen wenig zu beanstanden und hat deshalb ihren Teil des Budgets einstimmig genehmigt.

Marc Dübendorfer, Präsident: Nach den Kommissionsreferaten können wir nun die allgemeine Debatte eröffnen. Daran schliesst die Detaildebatte an, bei welcher auch noch zu den Abänderungsanträgen einzeln Stellung bezogen werden kann. Jetzt geht es zuerst einmal um das Budget insgesamt.

Ulrich Fischer: Heute haben wir das Budget 2014 zu beraten. Ich spreche jetzt für die Fraktion. Wahrscheinlich haben Sie die gleiche Erfahrung gemacht: Mit dem neuen, harmonisierten Rechnungsmodell HRM2 und der Zusammenfassung des umfangreicheren Budgets ist die Möglichkeit zum Prüfen und Vergleichen eingeschränkt. Trotz der Bemühungen des Stadtrats bleibt das Budget etwas intransparent und schwierig zu lesen. Wir hoffen, dass die Verständlichkeit in Zukunft wieder besser wird. Es ist nicht zu übersehen, dass es eine deutliche Dysbalance zwischen Einnahmen und Ausgaben gibt. Trotz der Kürzungen mit Stabulo 1 ist ein operativer Verlust von mehr als 4 Millionen Franken ausgewiesen. Wenn sogar ohne Abschreibungen ein Verlust resultiert, zeigt dies, dass die Einnahmen zu tief oder die Ausgaben zu hoch sind. Die Stadt lebt von den Finanzerträgen, der Vermögensabbau macht es aber schwierig, das Budget auszugleichen. Die aktuelle Diskussion zum Sparen oder Ausgeben habe ich bisher als stark polarisiert erlebt, teilweise sogar ideologisiert mit dem Bild von "Links" und "Rechts". Ich hatte immer das Gefühl, dass das auf Kosten der Sachlösungen geht. Unsere Fraktion möchte Kürzungen und Leistungsabbau im Bildungs- und Kulturbereich vermeiden. Der Vorwurf einer linken Politik an diese Parteien ist nicht angemessen. Links im Sinne des Vorurteils wäre eine Umverteilung: Ein Steuerfuss von 150 % für Besserverdienende und Erhöhung der Sozialleistungen, sodass der Anreiz für Beschäftigung verlorengeht. Das will aber eigentlich ja niemand hier im Rat. Im Zentrum der Budgetdiskussion stehen bürgerliche Werte. Wir wollen alle ein funktionierendes und attraktives Gemeinwesen. Die aargauischen Gemeinden sind nicht in der Hand linker Chaoten, sondern bürgerlich do-

miniert. Es gibt überall funktionierende Legislativen wie bei uns, die ihre Arbeit verantwortungsbewusst ausüben. Dabei brauchen diese Gemeinden im Kantonsmittel einen Steuerfuss von 104 %. Sie kennen diese Zahlen. Werden jedoch aus Gründen der Vergleichbarkeit die Zentrumsorte (ohne Aarau) als Referenz gewählt, ergibt sich ein durchschnittlicher Steuerfuss von knapp 106 %. Ich habe ein Plausibilitätsproblem, wenn wir sagen, dass wir mit 94 % das gleiche leisten wollen, was der Durchschnitt der Zentrumsgemeinden mit 106 % leistet. Das finde ich zu ambitioniert oder, weniger vorsichtig ausgedrückt, unrealistisch. Eine Diskussion um einen finanzpolitisch vernünftigen Steuerfuss wäre kein Nachgeben gegenüber linken Positionen, sondern notwendig für den Erhalt einer attraktiven Kantonshauptstadt. Eine mögliche Steuererhöhung wird als Schreckgespenst an die Wand gemalt. Manche Parteien profilieren sich, dies zu verhindern. Darf ich Sie aber einladen, das kurz zu simulieren? Ich führe meine Praxis in Zofingen und erhalte vom Treuhänder jeweils die Steuersimulation mit Zofinger Werten, ich bin aber Aarauer und in Aarau steuerpflichtig. In Zofingen beträgt die Gemeindesteuer 102 %. Bei meinem steuerbaren Einkommen würde die Gemeindesteuer in Zofingen 12'784 Franken betragen, in Aarau beträgt sie bei 94 % 11'781 Franken. Wir sind Doppelverdiener und eine typische Mittelschichtfamilie. Die 8 % Steuerfussdifferenz ergeben eine Summe von 83 Franken pro Monat für uns beide oder pro Person Fr. 41.50. Das ist genau der Betrag, den ich pro Monat für eine Parkbusse bezahle. Ich habe die Zahlen jetzt nicht gleich da, aber ich glaube, dass der durchschnittliche Steuerbetrag tiefer ist als hier bei mir. Da würde also noch eine kleinere Differenz entstehen. Ich finde es schwierig, wenn wir das so aufblasen. Ich wünsche mir deshalb eine Versachlichung der Steuerdiskussion. Viel weniger Steuern als vergleichbare Zentrumsgemeinden ist für Aarau nicht einfach gut, sondern bringt mittelfristig finanzpolitische Probleme, die wir bereits in den letzten Budgets und in den Diskussionen um Stabulo 1 und 2 sahen. Unsere Fraktion möchte eine attraktive Stadt mit hoher Lebensqualität. Das kostet etwas und braucht Investitionen. Wir müssen uns weiterhin fragen, was will sich Aarau leisten und nicht nur, was kann sich unsere Stadt leisten. Deshalb unterstützen wir den Antrag auf Erhöhung des Steuerfusses in der Stadt Aarau. Die Mehrheit unserer Fraktion Pro Aarau – EVP/EW – GLP empfiehlt Ihnen trotz allem, das Budget 2014 zu genehmigen. Zuletzt möchte ich es nicht unterlassen, mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Aarau für ihren Einsatz für unsere Stadt zu bedanken.

Lelia Hunziker: Es gibt wohl so viele Arten, ein Budget zu machen, wie es Menschen auf dieser Welt gibt. Jeder gestaltet sein persönliches Budget individuell. Die einen geben etwas mehr Geld für teure Bioprodukte aus, die anderen sparen beim Wohnen, leisten sich dafür teure Reisen und noch andere bevorzugen es, ihr Geld in teure Kleider zu investieren und sparen dafür an anderen Orten. Ja, das sind alles Ausgaben. Da ist der Handlungsspielraum der Individualität gross. Bei den Einnahmen ist das meist etwas schwieriger. Man kann sich weiterbilden und darauf hoffen, eine Lohnerhöhung zu bekommen oder man kann zusätzliche Aufgaben übernehmen. Mann/Frau kann am Morgen vor der Arbeit noch Zeitungen vertragen und am Abend nach der Arbeit noch Büros putzen gehen. Auch über das Budget der Stadt Aarau sind wir hier im Rat geteilter Meinung. Die vielen vorliegenden Anträge zeigen es. Die Fraktion Grüne/JETZT! hat den Antrag gestellt, den Steuerfuss auf 100 % zu erhöhen. Das ist immer noch, im Vergleich zu anderen Gemeinden im Kanton, ein sehr tiefer Steuerfuss. Mit einem Steuerfuss von 100 % könnten die laufenden Ausgaben in der Stadt Aarau gedeckt werden. Höhere Steuern zu fordern, könnte vor den Wahlen politischer Selbstmord sein. Den Steuerfuss aber weiterhin auf dem niedrigen Niveau von 94 % zu behalten, ist verantwortungslos. Die laufenden Kosten können mit diesem Steuerfuss nicht gedeckt werden - Wahlen hin oder her. Wir können sparen und dabei den doppelten Salto rückwärts machen, aber wir kommen nicht darum herum, mehr Geld einzunehmen. Ein Vergleich beim niedrigen und

mittleren Einkommen zeigt genau das, was mein Vorredner erklärt hat: Eine Steuererhöhung von 6 % würde bei den meisten Einwohnerinnen und Einwohnern nur eine Erhöhung um wenige 100 Franken ausmachen. Den Steuerfuss auf niedrigem Niveau zu behalten, hat langfristig nur eine Folge: Die Gebühren steigen, und zwar für alle gleich viel, für Reich und Arm. Das ist nicht fair und schon gar nicht sozial. Wir wollen ein Aarau zum Leben und kein Aarau, das sich zu Tode spart. Müssen wir wirklich über die Wassertemperatur in der Badi diskutieren oder darüber, ob es eine Weihnachtsbeleuchtung in Aarau braucht? Wir alle wissen: Nein, es braucht keine Weihnachtsbeleuchtung. Die Erde dreht sich weiter und Aarau mit ihr. Vielleicht würden die Zentrumsgeschäfte etwas weniger einnehmen, weil die Weihnachtsstimmung fehlt? Vielleicht würden sie aber auch eigene, kreative Ideen entwickeln und das Geschäft ankurbeln. Wer weiss? Sollen die Schulklassen in Aarau wirklich wieder grösser werden? Ein Kind mehr, oder vielleicht auch 10 mehr? Unsere Eltern lernten auch so lesen und schreiben, und wohl gar nicht mal so schlecht. Ich werde polemisch, dafür entschuldige ich mich. Aber hat es eine Stadt wie Aarau wirklich nötig, so zu politisieren? Schaut man sich das Städteranking der Bilanz an, schneidet Aarau hervorragend ab mit dem Platz 9 von 143. Aarau ist topp. Vor allem Faktoren wie Kultur, Freizeit, Erholung, Arbeitsplatzentwicklung und Wachstumsdynamik zählen. Der Steuerfuss zählt auch, aber man kann fast sagen "unter ferner liefen". Und seien wir doch einmal ehrlich: Wenn uns eine befreundete Familie von Zürich in Aarau besucht, was machen wir am Nachmittag nach dem üppigen Essen? Wir zeigen ihnen die Altstadt, trinken einen Kaffee an der Sonne, die Kinder machen sich im Stadtbach nass, danach flanieren wir an die Aare, schwärmen von den Pferderennen und dem Markt am Samstag. Und wenn die Freunde dann sagen, dass sie nie gedacht hätten, dass Aarau so schön sei, dann platzen wir fast vor Stolz. Danach sagen wir ihnen noch, welche super Schnellzugverbindungen wir haben: Wir seien in 24 Minuten in Zürich, in 38 Minuten in Bern und in 31 Minuten in Basel. Das ist es doch das, was Aarau ausmacht. Und das kostet vielleicht ein bisschen, aber das alles zu Tode zu sparen, ist einfach Unsinn. Wir bitten Sie deshalb, unseren Antrag für einen Steuerfuss von 100 % zu unterstützen, und zwar für die Zukunft von Aarau, für ein ausgeglichenes Budget und vor allem für ein attraktives und lebenswertes Aarau. Die Topqualitäten von Aarau sind unser Schlüssel zum Erfolg. Je attraktiver Aarau ist, desto mehr Unternehmen kommen nach Aarau und damit Arbeitsplätze und Arbeitskräfte. So sind die Finanzen ins Lot zu bringen. Mit Speck fängt man eben bekanntlich die Mäuse. Wir bedanken uns bei der Verwaltung, insbesondere beim Team von Madeleine Schweizer, für die sorgfältige Erarbeitung des Budgets. In diesem Jahr war das mit der Umstellung auf HRM2 eine noch grössere und aufwändigere Arbeit. Falls unser Antrag für eine Steuererhöhung nicht durchkommt, wird die Fraktion Grüne/JETZT! das vorliegende Budget mit einem Steuerfuss von 94 % grossmehrheitlich unterstützen. Die beiden anderen Anträge des Stadtrates zur Umbenennung der Produktgruppen heisst unsere Fraktion selbstverständlich gut.

Mario Serratore: Wir haben den Voranschlag auch studiert und geprüft und möchten der Finanzverwaltung die Arbeit verdanken. Wir sind erfreut über die Darstellung der Daten nach HRM2. Gleichzeitig bedauern wir ebenfalls, dass die Vergleiche der Finanzdaten in der aktuellen Darstellung kaum mehr möglich sind. Zur Beurteilung der Planungen brauchen wir detailliertere Daten, als nur das Total des Nettoaufwands. Hier erwarten wir in den kommenden Jahren wiederum detailliertere Daten, sowohl im aktuellen Budget, als auch über das letztjährige Budget und für die letzte, verfügbare Rechnung. Die Steuererträge werden positiv budgetiert, zudem basieren sie auf einem Steuerfuss von 94 %. Wir unterstützen diese Perspektive des Stadtrates. Weniger günstig sehen erwartungsgemäss die Ausgaben und die Investitionsseite aus. Wir haben deshalb diverse Anträge eingereicht, um Ausgaben und Investitionen

stabilisieren zu können, dies im Hinblick auf die Umsetzung von Stabilo 2 und im Sinne einer mittelfristig ausgleichenden Rechnung. Ausgabenseitig – und diese Aussage mögen mir die Personen auf der Tribüne verzeihen – geht es uns um die gegenwärtige Einfrierung der Beiträge an Organisationen aller Art. Zuerst muss Stabilo 2 Wirkung zeigen, dann wollen wir klare Konzepte sehen. Erst dann sprechen wir gerne wieder über zusätzliche Beiträge an Kultur- und Sportorganisationen. Bei den Investitionen wollen wir die aktuell nicht dringend notwendigen Projekte zumindest um ein Jahr verschieben. So können wir uns die nötige Zeit für eine sinnvolle Beurteilung im Rahmen von Stabilo 2 nehmen. Die Investitionshöhe von über 50 Mio. Franken ist für uns unhaltbar. Grundsätzlich fordern wir den Stadtrat auf, alle Ausgaben genau zu prüfen und so viele Löcher wie möglich zu schliessen. Für uns ist das vorliegende Budget ein Übergangsbudget. Es befriedigt eigentlich in keiner Weise, ausser vielleicht bezüglich des Steuerfusses. Liebe Kolleginnen und Kollegen der linken Ratshälfte: Zum Steuerfuss möchte ich hier doch noch ein paar Worte verlieren. Jürg Schmid hat es in den letzten bald vier Jahren mehr als einmal zu erklären versucht: Wir müssen nicht Prozente verlangen oder streichen, sondern schauen, wie viele Franken wir für die Steuerprozente vom einzelnen Bewohner und Steuerpflichtigen der Stadt Aarau erhalten. Wir können sagen, dass mit einem kleineren Steuerfuss die Steuerkraft pro Einwohner von Aarau grösser ist als andernorts mit einem höheren Steuerfuss. Wir wollen ja Franken und nicht Prozente. Schlussendlich ist es so, dass die Stadt Aarau Geld kostet und wir von irgendwoher das Geld haben müssen. Aber Sie dürfen sich nicht wundern, dass wir uns immer wieder gegen eine Steuererhöhung wehren werden, wenn wir es immer wieder fertigbringen, auf wirklich unnötige Projekte wie jetzt z.B. die Aufwertung des Aareraums, welche mit 3,5 Mio. Franken genau den Betrag ausmacht, welcher jetzt fehlt, nicht zu verzichten. Es geht gar nicht anders, als dass wir uns dagegen wehren müssen. Es sind genau diese Projekte, bei welchen wir den Steuerfuss erhöhen und das nächste Mal dann nach dem kleinen Finger die Hand und nach der Hand den Arm, usw. wollen. Das sind eben diese Gegenbewegungen, welche verursacht werden. Wir befinden uns irgendwo in der Mitte. Aber nehmen Sie das bitte zur Kenntnis: Solange Sie nicht bereit sind, auch auf gewisse Projekte, welche wirklich nicht notwendig sind, zu verzichten, wird von unserer Seite auch keine Gegenbewegung kommen und wir werden nicht offen sein für eine Diskussion über den Steuerfuss. Wir werden den Voranschlag 2014 trotzdem annehmen, sofern unsere Anträge Unterstützung finden.

Jürg Schmid: HRM2 ist vollzogen. Das war ein hartes Stück Arbeit und entsprechend richten wir ein grosses Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzverwaltung, die es fertiggebracht haben, diese grundlegende Umstellung der Rechnung innert eines Jahres neben dem normalen Tagesgeschäft zu bewältigen. Nun kennen wir erstmals das erwartete Resultat aus betrieblicher und operativer Tätigkeit und schlussendlich das Gesamtergebnis der Stadt Aarau. Grundlegend geändert hat sich damit zwar nichts. Es wird einfach anders, in Anlehnung an die Rechnungslegung in der Wirtschaft dargestellt und teilweise auch anders bezeichnet. Deshalb erweist sich der Vergleich mit den Vorjahren in den Produktgruppen etwas schwierig. Wir haben es trotzdem versucht, und nur ein Blick in die "üblichen" Verdächtigen lässt einen Ungutes erahnen: Kultur, Schlössli, KuK, Sport (bereinigt um den Abgang des Roggenhausens), freiwillige Sozialarbeit, Subventionen/Beiträge weisen allesamt steigende, im besten Fall stagnierende Kostenentwicklungen auf. Dabei handelt es sich bei allen um "freiwillige" Beiträge. Man ist geneigt, den Eindruck zu erhalten, mit diesem Voranschlag wollte man von Seiten Stadtrat zum Ende der Legislatur niemandem mehr wehtun. Der Mut, welchen ich dem Stadtrat im Projektkredit Stabilo 2 noch attestiert habe, scheint diesen bereits wieder verlassen zu haben. Der Projektkredit für die Weiterführung von Stabilo 2 ist ja nun bewilligt und dieses Projekt soll es dann richten, das drohende Ungleichgewicht zwischen

Einnahmen und Ausgaben zu verhindern. Dabei ging unter Umständen leider vergessen, dass Stabulo 2 – abgesehen davon, dass die Anträge daraus noch durch die Politik müssen – nur dann etwas bewirkt, wenn sich die Ausgangslage nicht verändert. Mit dem vorliegenden Budget laufen wir Gefahr, die Ausgaben weiter zu steigern und die Ziele von Stabulo 2 ad absurdum zu führen. Die Kosten steigen also munter weiter, dies bei nahezu keiner Inflation und auch einer praktisch bedeutungslosen Bevölkerungszunahme. Glücklicherweise erwartet man auch höhere Steuereinnahmen. Die fallen allerdings infolge Anpassungen an die Steuergesetzrevision nur äusserst moderat aus. Völlig entfesselt präsentiert sich das geplante Investitionsbudget. Über 50 Millionen soll Aarau im kommenden Jahr investieren, also fast doppelt so viel wie im bisherigen Rekordjahr 2012. Wie soll dies überhaupt nur schon personell bewältigt werden können? Und was bedeutet dies für allfällige Folgekosten? Bei der Beurteilung der Folgekosten sind kürzlich gemachte Aussagen wie "die Aufwertung Aareraum Ost verursacht der Stadt im Unterhalt keine weiteren Kosten" mit Ausblendung der Tatsache, dass rund 70'000 Franken Parkgebühreneinnahmen wegfallen, nicht sehr vertrauensfördernd. Ganz zu schweigen von der Zusatzschicht vom Werkhof, die jedes Wochenende die Spuren der Zivilisation (weggeworfene Aludosen, Flaschen und anderen Müll) aus dem Feuchtgebiet fischen muss. Die Finanzierungslücke der anstehenden Investitionen soll durch Kreditaufnahme geschlossen werden. Damit steigt die Fremdmittelaufnahme bis Ende 2014 auf 71 Millionen Franken. Der Hedgefonds Aarau nimmt also langsam Formen an. Netto betrachtet heisst dies nämlich, dass von den erwarteten 94 Mio. Franken, die der Anlagefonds in Aktien, Obligationen und Fonds investiert, Ende 2014 71 Mio. Franken mittels Bankkredit finanziert sind. Einverstanden, die Fremdzinsen sind aktuell niedrig und mögen viel tiefer sein, als die langjährigen Renditen im Durchschnitt in der Vergangenheit an den Finanzmärkten lagen. Da kann man allerdings nur warnend den Finger heben, denn es ist mehrfach erwiesen, dass Entwicklungen aus der Vergangenheit nicht auf die Zukunft extrapoliert werden können. Beispielsweise stand in eben dieser Vergangenheit der mögliche Staatsbankrott der grössten Weltmacht relativ selten nur gerade wenige Tage bevor. Niemand hier im Saal weiss, wie sich die Finanzmärkte entwickeln werden. Darüber müssen wir uns auch nicht den Kopf zerbrechen. Eine Stadt darf doch einfach schlicht und ergreifend nicht auf Kredit an den Finanzmärkten spekulieren. Es gibt genug Beispiele von Kommunen, ja ganzen Ländern, welche mit wundersamen Finanzmarkttransaktionen kurzfristig das Bild geschönt, langfristig allerdings ein Fiasko angerichtet haben. Wir verstehen deshalb nicht, weshalb der Stadtrat am Anlagefonds weiterhin festhält. Nicht einmal die Erträge daraus sind entscheidend für den hohen Finanzertrag, der das aktuell magere, betriebliche Ergebnis in ein akzeptables, operatives Ergebnis überführt. Von den veranschlagten 14,4 Mio. Franken machen die 1,2 Mio. Franken aus dem Fonds keine 10 % aus. Viel wichtiger dafür ist beispielsweise die Dividende der IBA oder der Mietertrag aus den Liegenschaften. Leider verliert sich der Einwohnerrat bewusst oder unbewusst immer wieder in Detaildiskussionen über einzelne, im Vergleich zur Gesamtrechnung Minigeschäfte von einigen tausend oder zehntausend Franken. Dies wohl auch aufgrund der hier schon gehörten Äusserungen aus vergangenen Verhandlungen im Sinne von (an den Einwohnerrat gerichtet): "Sagt uns, was ihr genau wollt." Das ist unseres Erachtens eine Falschinterpretation von wirkungsorientierter Geschäftsführung. Da beschliesst nämlich die Legislative das Globalbudget und das Mikromanagement obliegt der Exekutive zusammen mit den Verwaltungsstellen. Mit den vorliegenden Anträgen aus unserer Fraktion, aber auch von der FDP und teilweise unterstützt von der CVP zu einzelnen Budgetposten haben wir uns trotzdem noch einmal auf diese Ebene begeben. Soweit es in unserer Möglichkeit liegt, wollen wir dem Stadtrat aufzeigen, was man in der gegenwärtigen Situation hätte weglassen oder mindestens hätte verschieben können. Entsprechend bitte ich die Einwohnerratsmitglieder um Unterstützung bei den entsprechenden Anträgen. Ich möchte nun noch kurz auf die Aussagen

zum Steuerfuss eingehen: Im Gegensatz zur Definition von Standortqualität, die jede und jeder unter uns individuell und anders definiert, ist es ein klarer Fakt und wird auch von den statistischen Zahlen des Kantons bestätigt: Aarau erhält pro Einwohner über 600 Franken oder über einen Viertel mehr Steuereinnahmen pro Jahr, als der Durchschnitt der Gemeinden im Kanton Aargau. Weshalb soll dies nicht ausreichen? Da stimmt doch etwas nicht. Wo versickern diese Mehreinnahmen? Weshalb soll in der Stadt Aarau alles massiv teurer sein als im Kantonsdurchschnitt? Dazu hätten wir gerne ein paar Antworten. Dabei bleiben wir und sind vor Vorliegen entsprechender Beweise nicht bereit, eine Erhöhung vom Steuerfuss nur schon in Betracht zu ziehen. Berücksichtigt man die Resultate der letzten beiden Volksabstimmungen zum Budget, ist das auch die Meinung der Mehrheit der Aarauerinnen und Aarauer. Allerdings, und vielleicht werde ich jetzt auch etwas polemisch, hätte ich einen Vorschlag an all jene, welche die Meinung vertreten, es ginge nicht ohne Steuerfusserhöhung: In Anlehnung an eine Aussage einer mittlerweile gewählten, neuen Stadträtin anlässlich der Podiumsdiskussion im Stadtteil Rohr von sinngemäss "Ich bin gerne bereit, für die guten Dienstleistungen der Stadt zwei bis drei Steuerprozent mehr zu bezahlen", schlage ich vor, bei der nächsten Steuererklärung zusätzliche Rubriken einzuführen, zum Beispiel "Steuerfuss 96 %", "Steuerfuss 98 %" und "Steuerfuss 100 %". Jede bzw. jeder, der das Gefühl hat, der Steuerfuss in Aarau sei zu tief, kann dann freiwillig mittels Ankreuzen des entsprechenden Satzes darüber entscheiden, höhere Steuern abzuliefern. Die Zusammenfassung: Bei den Kosten wird munter weitergewurstelt. Man will ja niemandem wehtun. Stabilo 2 wird es dann schon richten. Allerdings könnte es dann zu spät sein. Das Investitionsbudget ist viel zu hoch, überladen und in unseren Augen deshalb unrealistisch. Entsprechend werden wir die Reduktionsanträge in diesem Bereich allesamt unterstützen. Am Steuerfuss von 94 % halten wir fest, da verrate ich wohl kein Geheimnis. Aarau muss lernen, mit den heute zur Verfügung stehenden, überdurchschnittlich hohen Steuereinnahmen auszukommen.

Werner Schib: Die CVP sagt einstimmig Ja zum Budget 2014. Eine Ablehnung dieses Budgets aus dem einen oder anderen Grunde, wegen zu hohem oder zu tiefem Steuerfuss, wäre ein verantwortungsloser Akt und kommt für uns nicht infrage. Für die CVP ist Folgendes klar: Eine Steuerfusserhöhung ist für uns kein Thema. Solange die Stadt ihre Hausaufgaben nicht gemacht hat (Stichwort Stabilo 2) geht es nicht an, einseitig auf der Einnahmenseite zu schrauben und die Steuern zu erhöhen. Wenn wir das Budget 2014 ohne Änderungen durchwinken und sich die Annahmen, auf denen das Budget basiert, bestätigen, wird Aarau Ende 2014 noch ein Nettovermögen von 61 Mio. Franken haben. Der Rückgang ist für uns verkraftbar. Der Vermögensabbau ist aber nur darum akzeptierbar, weil mit Stabilo 2 die Chance besteht, einem weiteren Vermögensabbau und überbordenden öffentlichen Ausgaben kraftvoll Gegensteuer zu geben. Der Stadtrat legt für das Jahr 2014 ein sehr hohes Investitionsbudget vor. Über 50 Mio. Franken sind eine gewaltige Zahl. Bei einem derart hohen Investitionsbudget wäre es auch für die CVP angezeigt, die eine oder andere Investition zu streichen oder zu verschieben. Der Stadtrat hat erläutert, weshalb es das nicht machen will. Er will Stabilo 2 nicht vorgreifen und die wesentlichen Entscheide auch bezüglich der Investitionen im Rahmen von Stabilo 2 treffen. Das ist grundsätzlich nachvollziehbar. Es soll ja ein Gesamtpaket geschnürt werden. Wir können uns damit im Wesentlichen einverstanden erklären. Bei der einen oder andern Investition kann man sich aber gerade unter dem Aspekt von Stabilo 2 schon fragen, ob die Investition im nächsten Jahr zum richtigen Zeitpunkt kommt. Wenn der Stadtrat ausführt, dass im Rahmen von Stabilo 2 die Senkung der baulichen Standards geprüft wird, ist es fragwürdig, wenn er dann gleichzeitig im Budget 2014 grosszügig Investitionen in Strassensanierungen einstellt. Wenn die Standardentscheide im nächsten Jahr dann gefallen sind, können Gelder für Strassensanierungen ins Budget eingestellt werden. Bis das der Fall

ist, kann man aber zuwarten. Wir haben deshalb, zusammen mit der FDP und der SVP, einen entsprechenden Antrag gestellt.

Oliver Bachmann: Oft hören wir in den vergangenen Monaten und Jahren von Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten, dass wir mit der Stadt Aarau und ihren Finanzen verantwortungsvoll umgehen müssten. Doch was heisst das überhaupt? In letzter Zeit hätte man meinen können, verantwortungsvoll bedeute möglichst wenig auszugeben, so dass sich die Bevölkerung möglichst wenig mit Steuern daran beteiligen müsse. Aber ist das wirklich verantwortungsvoll? Die SP-Fraktion meint, verantwortungsvoll bedeute sehr viel mehr. Verantwortungsvoll bedeutet zum Beispiel, dass wir der heranwachsenden Generation optimale Bildungschancen bieten. Verantwortungsvoll bedeutet, dass wir den kommenden Generationen eine gut funktionierende Stadt hinterlassen und genügend Ressourcen, nicht nur auf dem Sparkonto, sondern auch in Form von gut erhaltenen Strassen, einer intakten Natur und auch einer intakten Kultur. Verantwortungsvoll mit unserer Stadt umzugehen besteht auch darin, für die Bevölkerung eine hohe Lebensqualität zu bieten, und zwar für jede Generation. Verantwortungsvoll bedeutet, dass wir bei unseren Entscheidungen an die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger denken und auch an die Jüngeren, an jene die mitten im Berufsleben stehen und die sog. "Randständigen", an die, welche gerne Sport machen und an jene, die gerne musizieren oder einer anderen Freizeitbeschäftigung nachgehen. Verantwortungsvoll zu sein bedeutet eben gerade nicht, nur ans eigene Portemonnaie und die eigene Steuerrechnung zu denken. Verantwortungsvoll zu handeln ist also eine sehr vielschichtige Angelegenheit. Und so finden wir, muss man auch ein solches Budget anschauen. Die SP-Fraktion unterstützt im Grossen und Ganzen die Budgetvorlage des Stadtrats. Einzelne Abänderungsanträge werden wir aber unterstützen. Ich nehme noch zu drei Änderungsanträgen Stellung, die wir nicht unterstützen werden. Antrag der drei Fraktionen CVP/FDP/SVP: Der Antrag verlangt, Strassensanierungen hinauszuzögern. Damit sieht die städtische Rechnung nachher tatsächlich besser aus, sie ist es aber in Wahrheit nicht, denn damit wird so etwas wie das Gegenteil von "stillen Reserven", also "stille Lasten", geschaffen. Diese müssen in künftigen Jahren wieder abgetragen werden. Im schlimmsten Fall werden solche unterlassenen Sanierungen später überproportional teurer. Wir lehnen diesen Antrag ab. Antrag der FDP-Fraktion für zusätzliche Zahlungen an zwei von ihr ausgewählte Sportvereine: Wenn die FDP überall sparen will, sogar bei der Bildung und der Basisinfrastruktur unserer Stadt, mutet es schon sehr, sehr seltsam an, gleichzeitig an seine Lieblingssportvereine zusätzliche Beträge aus der Stadtkasse verteilen zu wollen. Wir lehnen diesen Antrag ab. Antrag der Grünen zur Erhöhung des Steuerfusses: Der Steuersatz ist und bleibt bei den städtischen Budgets seit Jahren zu tief. Das ist eine unangenehme Wahrheit, die wir seit Jahren leider vertreten müssen. Daran hat sich nichts geändert. Trotzdem werden wir uns beim Antrag der Grünen für eine Steuererhöhung mehrheitlich der Stimme enthalten. Bei der letzten Budgetabstimmung haben wir bemerkt, dass wir Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte aller Fraktionen der Bevölkerung diesen Schritt gemeinsam erklären müssen. Hier stehen die Rechtsparteien CVP/FDP/SVP jetzt in der Verantwortung. Es ist offensichtlich, dass sie in einem Wahljahr nicht in der Lage sind, über ihren eigenen Schatten zu springen. Wir fordern die FDP, CVP und SVP auf, nach den Wahlen so schnell wie möglich wieder vom momentanen "Wahlkampfmodus" in den "Vernunftmodus" zu wechseln. Wir waren bereit, Sparmassnahmen zum grossen Teil mitzutragen. Nachdem diese umgesetzt wurden oder noch werden, verlangen wir, dass die rechten Parteien ihr Versprechen einlösen, im Gegenzug auch eine Steuerfusserhöhung mitzutragen. Wie erwähnt, wird sich eine Mehrheit der Fraktion beim Antrag der Grünen der Stimme enthalten. Zum Schluss noch zwei Detailbemerkungen: Auf der Seite 6 steht als Jahresziel "FuSTA ist in Aarau Rohr eingeführt." Geschätzter Stadtrat, wir werden Sie in einem Jahr an diesem Satz messen. Er-

freuliches haben wir auf Seite 49 gelesen: Die Stadtbibliothek will eine Rückgabestation am Bahnhof einführen. Das ist jetzt aber einmal echt kundenfreundlich. Dafür danken wir den Verantwortlichen der Stadtbibliothek.

Marcel Guignard, Stadtpräsident: Es ist ein bisschen schwierig, in einem Wahljahr noch etwas Eigenständiges zu produzieren. Der Stadtrat hat versucht, Ihnen mit dieser über 100 Seiten umfassenden, und somit sehr umfangreichen Broschüre seine politische Ausmarchung des Voranschlags 2014 zu unterbreiten. Der Stadtrat hat den Eindruck, dass es sich um einen verantwortbaren Voranschlag handelt und er empfiehlt Ihnen deshalb, den stadträtlichen Anträgen zuzustimmen. Sie konnten feststellen, dass mit dem neuen Rechnungsmodell gewisse Unzulänglichkeiten in Bezug auf die Lesbarkeit in diesem ersten Jahr vorhanden sind. Insbesondere ist die Vergleichbarkeit gegenüber den Vorjahren in diesen Unterstellen nicht gegeben. Das wird aber kommen. Die Umstellungsarbeit war schon so gross genug gewesen. Wenn wir das auch noch hätten aufgleisen müssen, wären unsere Kapazitäten überfordert gewesen. Dafür gehören wir zu jenen Gemeinden, welche es fertigbringen, auf den 1. Januar 2014 das Modell HRM2 auch einzuführen, wie es eigentlich vom Kanton aus vorgesehen gewesen wäre. Sie haben gesehen, und das wurde zum Teil auch bemängelt, dass die Artengliederung nur noch zweistellig ist. Das ist so, weil es heute im HRM2 eigentlich vierstellig vorgesehen wäre. Wenn man das aber machen möchte, würde das Buch noch viel grösser. Sie haben nach WOSA eigentlich die Aufgabe, die Globalkredite zu beraten, wie es auch bereits gesagt worden ist. Wenn aber in den Beratungen, und dafür sind ja die FGPK und die Sachkommission da, noch stärker hinter die Globalkredite geschaut werden möchte, ist man zweifellos von Seiten des Stadtrates bereit, vertiefte Auskünfte zu den Hintergründen dieser Zahlen zu liefern. Die wesentlichen Punkte konnte ich bereits in der FGPK und der Sachkommission streifen. Das ist hier bereits wiedergegeben worden. Deshalb verzichte ich darauf, das noch einmal zu wiederholen. Auf zwei, drei kleine Sachen möchte ich aber noch hinweisen: Grosse, neue Aufgaben, welche das Budget wiederkehrend belasten würde, hat der Stadtrat nicht an die Hand genommen. Das konnten Sie feststellen. Sie konnten das Ergebnis der Erfolgsrechnung zur Kenntnis nehmen. Vor allem haben Sie sicher auch gesehen, wie gross der Personalaufwand ist. Im Vergleich zu anderen, mir bekannten Gemeinwesen, würde ich sagen, dass die Stadt Aarau mit einem Personalaufwand von 28,9 % nicht stark über dem Durchschnitt liegt und man sagen müsste, wir hätten zu viel Personal. Dasselbe gilt für den Sachaufwand, welcher bei rund 18,3 % liegt. Noch einmal betonen möchte ich, dass die Kürzungen von Stabilo 1 um 5 %, welche der Einwohnerrat beschlossen hat, hier im Budget 2014 Eingang gefunden haben. Sie haben ja gesehen, dass der eine oder andere Abänderungsantrag wieder darauf zurückkommen möchte. Der Stadtrat hat sie aber so eingerechnet. Auf der anderen Seite ist dem Stadtrat ein bisschen zum Vorwurf gemacht worden, dass er nicht schon Stabilo 2 vorweggenommen und gewisse Sachen auf der Ausgabenseite bereits im Budget 2014 korrigiert hat. Das hat der Stadtrat bewusst nicht getan. Angesichts der heutigen Situation sind ja gewisse Massnahmen aufgegleist worden und werden, gestützt auf Ihre Beschlüsse, welche Sie an der letzten Sitzung gefasst haben, auch angepackt. Bei der Investitionsrechnung ist verschiedentlich aufgezeigt worden, wie diese aussieht und welches Ausmass sie hat. Ich möchte da einfach noch sagen, dass es sich bei rund 30 Mio. Franken des gesamten Betrages von 51 Mio. Franken, exklusive der Selbstfinanzierungsbereiche, um bereits bewilligte Kredite handelt. Diese sind entweder vom Volk oder vom Einwohnerrat bewilligt worden. Bei diesen 30 Mio. Franken hat es an verschiedenen Orten Tranchen, bei welchen die Umsetzung der Kreditbeschlüsse enthalten ist. Die sind nach Meinung des Stadtrates nicht Gegenstand des heutigen Budgetbeschlusses. Es sind Darlegungen, bei welchen der Stadtrat zeigt, welche Tranchen abgerufen werden. Das sind aber bereits bewilligte Kredite. Es kann nicht angehen,

dass bei einem bewilligten Kredit, mit einer Tranche im Jahre 2014 und einer im Jahre 2015, daran herunkorrigiert wird. Das kann man bis ad infinitum machen, aber am Schluss unterläuft man den ursprünglichen, vom Volk oder dem Einwohnerrat bewilligten Kredit. Das geht nach Meinung des Stadtrates nicht. Wenn aber neue Investitionen aufgenommen werden sollen, ist es klar Sache und Aufgabe des Einwohnerrates, das zu prüfen, allenfalls korrigierend einzuwirken und zu einer Abstimmung zu führen. Auf die diversen Anträge kommen wir ja dann im Einzelnen noch bei den entsprechenden Produktegruppen und Investitionen zurück. Da werden dann auch die jeweils betroffenen Ressortinhaberinnen und -inhaber Stellung nehmen. Deshalb mache ich das jetzt nicht schon im Voraus, wie das Herr Bachmann bereits mit der Aussage über das Fraktionsverhalten bei den einzelnen Abänderungsanträgen bereits etwas getan hat. Es wird dann sicher in der Detaildebatte zur Sprache kommen. Dort werden sich die Mitglieder des Stadtrates dazu äussern. Zum Steuerfuss ist die Haltung des Stadtrates richtig wiedergegeben worden: Für uns ist es in der Tat so, dass das operative Ergebnis von minus 4 Mio. Franken grundsätzlich unbefriedigend ist. Es handelt sich aber um nichts absolut Neues. Deshalb hat man die Massnahmen Stabilo 1 und 2 eingeleitet. Sie kennen diese Stichwörter ja bestens. Wir haben eine Steuerfussdebatte für das Budget 2012 geführt. Das ist gar noch nicht allzu lange her. Sie wissen alle, wie das ausgegangen ist. In einer Volksabstimmung ist die Steuerfusserhöhung klar verworfen worden. Wir hatten auch keinerlei Sukkurs von irgendwelchen anderen Behörden, dass wir eine weitsichtigere Betrachtung über das Ganze machen müssten und allenfalls, wie es der Stadtrat ursprünglich gemeint hatte, an beiden Hebeln anzusetzen sei, nämlich bei den Einnahmen und den Ausgaben, um eine stabilere Situation zu erhalten. Der Stadtrat hat sich nicht verwegen genug gefühlt, bereits ein Jahr später wieder mit diesem Thema zu kommen und das noch einmal abzurufen. Der Weg ist in der politischen Diskussion hier im Einwohnerrat eigentlich aufgezeigt worden, dass wir jetzt zuerst diese Stabilo-Projekte durchführen und man sich nachher wieder Rechenschaft darüber gibt, wie die Finanzen in Einklang gebracht werden sollen, unter anderem allenfalls auch mit einer Steuerfusserhöhung. Der Stadtrat hat im Politikplan übrigens auch schon ausgeführt, dass das Budget im Jahr 2014 noch mit 94 % bewilligt werden soll, aber dass es sich dabei, zumindest für den heutigen Stadtrat, in den nächsten vier Jahren um eine durchaus offene Frage handelt. Zusammenfassend möchte ich Ihnen beantragen, den Voranschlag zu beraten und der Stadt schlussendlich, auch wenn nicht jeder Änderungsantrag über die Runde gekommen ist, zu einem Voranschlag 2014 zu verhelfen, damit in der neuen Legislatur auch mit einem Rückhalt von Seiten der Finanzen her die Arbeit aufgenommen werden kann. Das gilt sowohl für den Stadtrat wie auch für die künftige, etwas mutierte Zusammensetzung des Einwohnerrates im nächsten Jahr.

Marc Dübendorfer, Präsident: Somit haben wir die Globaldebatte abgeschlossen und kommen nun zur Detailberatung. Wir gehen die Botschaft ab Seite 6 einzeln durch. Wenn irgendwelche Wortmeldungen gewünscht sind, machen Sie sich bitte bei der Vizepräsidentin bemerkbar. Zu den Seiten 6-17 liegen keine Wortmeldungen vor. Bei der Produktegruppe 01, Politische Führung, liegt ein **Abänderungsantrag** von Hanspeter Hilfiker im Namen der FDP-Fraktion vor.

Hanspeter Hilfiker: Unsere Fraktion hat sich mit den Zielen und den Kennzahlen der Wirtschaftsfachstelle beschäftigt. Die aufgeführten Ziele "Schaffen unternehmerfreundlicher Rahmenbedingungen" und "Promotion des Wirtschaftsstandorts Aarau" erscheinen uns etwas schwammig zu sein. Wir beantragen deshalb, griffigere Wirkungs- und Leistungsziele zu definieren, den Leistungsumfang zu konkretisieren und die Kostenkennzahlen zu definieren, welche etwas aussagen können. Wir lassen dem Stadtrat und der Verwaltung dabei aber freie

Hand und schlagen einzig ein paar mögliche Lösungen vor, wie wir das im schriftlichen Antrag ausgeführt haben. Die neue Formulierung der Ziele und Indikatoren in der Produktegruppe 30, Volksschule, stimmt uns zuversichtlich, dass Verwaltung und Stadtrat griffige Ziele und Kennzahlen festlegen können.

Marc Dübendorfer, Präsident: In der Vorbereitung dieser Sitzung war mir nicht ganz klar, ob dieser Antrag so in der Budgetdebatte überhaupt zulässig ist. Deshalb wäre es sicher einer Klärung dienlich, wenn der Stadtrat zuerst noch kurz dazu Stellung nehmen könnte, bevor wir die Diskussion zu diesem Antrag und allgemein zur Produktegruppe 01 eröffnen.

Marcel Guignard, Stadtpräsident: Der Stadtrat hat den Abänderungsantrag selbstverständlich erhalten und angeschaut. Wir stellen fest, dass es Sache des Einwohnerrates ist, über Wirkungs- und Leistungsziele und den Leistungsumfang zu beschliessen. Insbesondere die Festlegung von Wirkungs- und Leistungszielen ist eine Urkompetenz des Einwohnerrates. Der Stadtrat hat den Abänderungsantrag so verstanden, dass es ihm praktisch auf den Weg gegeben wird, das zu ändern, weil es in der Einleitung heisst, dass man bei der Wirtschaftsfachstelle die aufgeführten Wirkungs- und Leistungsziele, die Kennzahlen zum Leistungsumfang und die beschriebenen Kostenkennzahlen ausgewiesen haben möchte. Das wurde im Sinne einer Idee unterbreitet. Jetzt können wir aber Ideen heute Abend nicht beschliessen. Auf der anderen Seite kann ich im Namen des Stadtrates sagen, dass wir diese Idee als absolut verfolgenswert anschauen. Anhand dieser Ideen möchten wir das für den Voranschlag 2015, also im nächst folgenden Jahr, wie das ja bei der Schule auch gemacht worden ist, ausformulieren. Ich glaube, diese Zeit sollte man dem Stadtrat lassen. Wenn er heute seinen Eindruck zu erkennen gibt, dass er diese Idee an und für sich gut findet und das im nächsten Budget auch so machen möchte, sollte man ihn das jetzt einfach so entgegen nehmen lassen. Wir würden uns aber dagegen stemmen, diesen Wortlaut jetzt so wie beantragt beschliessen zu lassen. Ich denke, das wäre der Sache nicht ganz adäquat. Der Stadtrat nimmt aber entgegen, was da grundsätzlich vorgeschlagen wird. Er würde sich verpflichten, im nächsten Jahr ev. den Vorschlag genauso zu übernehmen oder die eine oder andere Korrektur anzubringen. Er würde aber eine Spezifikation in Bezug auf die Wirtschaftsfachstelle vornehmen.

Marc Dübendorfer, Präsident: Ich habe das Anliegen vorgeprüft, allerdings wirklich nur summarisch. Aus meiner Sicht, und das wäre noch zu klären, könnte das Anliegen im Rahmen einer Planungserklärung oder einer WOSA-Motion eingegeben werden. So wie es da vorliegt, scheint mir eine Beschlussfassung über das Anliegen auch noch aus einem zusätzlichen Punkt kritisch zu sein: Die finanziellen Folgen, welche daraus hervorgehen könnten, sind unbestimmt oder unklar. Es ist damit zu rechnen, dass bei der Definition von Leistungszielen finanzielle Konsequenzen entstehen sollten oder könnten. Es ist nicht ganz auszuschliessen, dass es kostenneutral wäre. Wenn Kosten ausgelöst würden, könnten wir heute nicht darüber befinden, ohne die Kosten zu kennen. Ich frage nun Hanspeter Hilfiker, ob er daran festhält, dass darüber abgestimmt wird oder ob er die Angaben des Stadtpräsidenten einmal so zur Kenntnis nimmt und hofft, dass das Anliegen in der Zukunft seinen Anregungen entsprechend umgesetzt wird.

Hanspeter Hilfiker zieht seinen Antrag zurück unter der Bedingung, dass der Stadtrat die vorgeschlagenen Wirkungs- und Leistungsziele bei der Produktegruppe 01, Politische Führung, Wirtschaftsfachstelle, im Budget 2015 seinen Anregungen entsprechend umsetzt.

Marc Dübendorfer, Präsident: Bei der Produktgruppe 01 liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Bei den Produktgruppen 02, 03, 04, 05, 10, 12, 13, 14, 15, 17 und 18 liegen keine Wortmeldungen vor. Bei der Produktgruppe 20, Kultur, liegen zwei Abänderungsanträge vor. Der erste stammt von Ueli Hertig, Pro Aarau und der zweite von Susanne Heuberger, SVP-Fraktion.

Ueli Hertig: Mein Antrag in der Produktgruppe 20, Kultur, lautet wie folgt:

Der Beitrag an Szenart soll auch für das Jahr 2014 47'500 Franken betragen und nicht auf 30'000 Franken reduziert werden.

Die ausführliche Begründung haben alle erhalten, deshalb fasse ich mich kurz. Szenart hat sich seit der Gründung vor acht Jahren zu einem Leuchtturm in der städtischen Kulturlandschaft emporgearbeitet. Die Gruppe beeindruckt speziell mit dem Engagement in und für Aarau. Speziell mit den schon fast legendären "Geschichten aus der Altstadt", die von einem breiten, auch zum Teil weniger an Kultur und Theater interessierten Publikum besucht werden, hat sich Szenart in der Stadt einen Namen geschaffen. Mir selber ist auch der "Wohltäter" in bester Erinnerung – ein Stück, welches im Rathaus begann, durch die Stadt an verschiedenen interessanten Orten vorbeiführte und zuletzt selbst in der NAB spielte. Es wäre bedauernswert, wenn mit der Kürzung des Beitrages die Existenz von Szenart gefährdet würde. Ich bitte Sie, meinen Antrag zu unterstützen, also den Beitrag von 2013 einzufrieren und nicht zu kürzen und damit weiterhin ein vielseitiges Kulturangebot zu ermöglichen.

Marc Dübendorfer, Präsident: Ich eröffne die Diskussion zu diesem Antrag.

Susanne Heuberger: Ich möchte ganz kurz und spontan etwas zu diesem Antrag sagen. Ich habe mich jetzt nicht einmal mit der Fraktion abgesprochen. Grundsätzlich muss man sich wirklich überlegen, ob es sinnvoll ist, den Beitrag so stark zu kürzen. Deshalb bin ich im Moment noch etwas unschlüssig, was ich mit diesem Antrag machen soll. Für uns müsste grundsätzlich bei den Kulturausgaben eine Plafonierung stattfinden. Wie man innerhalb eines gewissen Betrages jongliert, das ist die Frage. Es braucht bei uns ein Umdenken, dass das möglich sein sollte. So gesehen könnte man den Beitrag an Szenart so sein lassen, wie er nun steht, und halt an einem anderen Ort kürzen. Es hat diverseste Posten im Kulturbudget, welche neu aufgenommen worden sind. Vielleicht müsste halt dort einmal etwas zurückgestellt oder gekürzt werden. Es ist ambivalent, was ich persönlich abstimmen werde. In den nächsten Minuten habe ich ja noch Zeit, mir das etwas zu überlegen. Aber generell sollten wir uns die Flexibilität erhalten. Auch der Stadtrat sollte diese haben, um die Kulturbeiträge, welche wir sprechen, individuell zuweisen zu dürfen. Wir sollten hier im Rat nicht darauf beharren, wer genau wie viel bekommt. Für mich ist die Gesamtsumme viel wichtiger.

Hanspeter Hilfiker: Im vorliegenden Budget hat es viele Beiträge, welche für uns hoch intransparent sind, v.a. in der Produktgruppe 20, Kultur, aus der jetzt dieser Antrag stammt, aber auch in den Produktgruppen 26, Sport, und 43, Subventionen/Beiträge. Da hat es viele Beiträge, welche an einzelne Organisationen und Institutionen auch gesprochen werden. Für uns war die Diskussion und die Würdigung dieser Beiträge ein weiteres Mal schwierig und eigentlich auch unbefriedigend. Wir haben fünf Gründe ausgemacht, weshalb das so war: 1. Zwischen diversen Produktgruppen sind Verschiebungen vorgenommen worden. So sieht man gar nicht richtig, was nun wirklich mit dem Vorjahr verglichen werden kann. 2. Die Summen der Beiträge sind teilweise, z.B. in der Produktgruppe 20, Kultur, schlicht und ein-

fach falsch zusammengezählt worden und entsprechen nicht den letztjährigen Zahlen, welche wir zum Vergleich dazu genommen haben. 3. Das Kulturkonzept, welches eigentlich einen Rahmen für die Entwicklung und die Verteilung geben sollte, liegt immer noch nicht vor. So fehlen entsprechend die Kriterien. 4. Bei den Aufstellungen, und das auch wieder primär in der Produktegruppe 20, haben wir einmalige Beiträge, welche gemischt werden mit den regelmässigen Beiträgen. Wir haben jetzt gleich hier einen Fall, bei dem man das Budget um 17'000 Franken kürzt. In einem anderen Theaterbereich erhöht man den Betrag um 17'000 Franken. Der gesamte Theaterbereich ist eigentlich auf den Franken genau stabil und gleich. Wir haben ein anderes Beispiel, bei dem für den Freien Film ein einmaliger Beitrag im Jahre 2013 jetzt einfach im neuen Budget bei den normalen Vergaben eingeschleust worden ist. Der Kunstverein erhält 30'000 Franken mehr, und es wurde noch ein Beitrag für das Aarauer KulturFest von 20'000 Franken reingeschrieben. Das passt nicht zusammen, wenn man regelmässige Ausgaben, welche einen stabilen Betrieb ermöglichen sollten, nicht getrennt von einmaligen, spezifischen Ausgaben ausweist. 5. Wir hören von Antragsstellern selber, sei es aus dem Bereich Szenart, den Sportvereinen oder anderen Vereinigungen, dass man viel zu spät, teilweise nicht richtig oder ohne richtige Begründung informiert werde, weshalb jetzt ein Beitrag gesprochen worden sei oder eben nicht. Unmittelbar vor dieser Sitzung haben wir deshalb viele Antragsteller am Telefon gehabt, insbesondere aus den Bereichen Kultur und Sport. Das ist kein Wunder. Wir erwarten entsprechend, und ich nehme das auch als Anliegen in meine neue Funktion mit, dass künftig Vergabekriterien, die Transparenz der geleisteten Beiträge und auch die Kommunikation gegenüber diesen Antragstellern besser wird. Für heute haben wir uns vorgenommen, dieselben Beiträge, welche die Vereinigungen im Jahre 2013 als Betriebsbeiträge erhalten haben, auch im Jahre 2014 zu gewähren. Aus unserer Sicht bedeutet das aber eine Gesamtbetrachtung. Wir wollen nicht einzelne Vereinigungen oder Institutionen gegeneinander ausspielen. Unser Ziel ist es, den Antrag, welcher von Susanne Heuberger noch kommen wird, zu unterstützen, die anderen Einzelbeiträge aber nicht.

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir werden diese beiden Anträge zur Produktegruppe 20 wie gesagt vollständig und nacheinander behandeln. Selbstverständlich kann in der Debatte bereits Bezug auf den einen oder anderen genommen werden, das ist kein Problem. Die Abstimmung über die zwei vorliegenden Anträge wird aber separat verlaufen, weil sie nicht kongruent sind und sich auch nicht irgendwie gegenüber stehen.

Carlo Mettauer, Stadtrat: Ich stelle nun halt doch die beiden Anträge in einen Gesamtzusammenhang, wie das Herr Hilfiker soeben auch gemacht hat. Es geht nicht anders, denn es hat Widersprüchlichkeiten darin, auch von Ihren Aussagen her gesehen. Wir können nicht einerseits über einen Antrag abstimmen und ihn finanziell festnageln und auf der anderen Seite in der gleichen Minute dem Stadtrat einen Globalrahmen verpassen mit dem Auftrag, genau gleich weiterzufahren mit den Beiträgen wie im letzten Jahr. Das ist in sich etwas ein Widerspruch. Nun muss ich zu den Vergabekriterien kommen. Die nicht vorhandenen Vergabekriterien, wie wir das analog beim Sportkonzept eben schon haben, werden ja dann auch im Antrag von Susanne Heuberger angesprochen. Man vergisst es manchmal ein bisschen: Das Sportkonzept ist vor noch nicht allzu langer Zeit verabschiedet worden. Bei der Erarbeitung haben wir uns v.a. auf die Vergabekriterien im Kulturbereich abgestützt, welche schon eine langjährige Tradition haben. Wir haben eine Kulturkommission, welche über die Vergaben an Institutionen von einmaliger, aber auch wiederkehrender Art entscheidet. Die Kulturkommission ist zusammengesetzt aus Personen von verschiedenen Fachbereichen wie Musik, Theater usw. Wir haben dort ganz genaue Eingabetermine, bis zu welchen die Kulturschaffenden, seien das Szenart, Kunstraum oder Die Literarische Aarau, um nur einige Beispiele zu nen-

nen, ihre Eingaben vor dem Budgetprozess zu bestimmten Kriterien machen müssen. Das sind Richtlinien, welche uns in der Kulturkommission vorliegen und vom Stadtrat verabschiedet worden sind. Es sind Richtlinien wie z.B. Relevanz für die Stadt, Budget, Abrechnung, oder ob man im Rahmen des Budgets funktionieren konnte, oder Nachschüsse beantragt werden mussten. Es ist hin und wieder passiert, dass einer Institution noch unter die Arme gegriffen werden musste. Da bestehen genaue Kriterien und es ist kein "Je-ka-mi". Es wird nicht einfach nach Gutdünken am Schluss den einen ein bisschen mehr und den anderen ein bisschen weniger gegeben. Natürlich sind wir beim Thema Kultur immer wieder dort angetrieben, wo wir sehen, dass gute Arbeit geleistet wird. Das machen wir nach diesen Kriterien und nach bestem Wissen und Gewissen. Die Arbeit wird von den Fachleuten gewürdigt, gegenübergesetzt und verglichen. Man hört immer wieder den Vorwurf, der Stadtrat erhöhe einfach alle Beiträge nach dem Giesskannenprinzip. Wir machen jetzt aber keine Geschenke vor dem Abschied. Wir nehmen unsere Verantwortung bis am Schluss mit Leidenschaft und Lust wahr und getrauen uns auch, da und dort vielleicht einen Abstrich zu machen. Davor scheuen wir uns nicht. Es ist in der Tat so, dass wir bei den Projektkrediten das Instrument haben, dass die Kulturkommission im Delegationsverfahren des Stadtrates während des laufenden Jahres einmalige Beiträge von in der Regel um die 5'000 Franken an Kulturschaffende oder Vereinigungen aussprechen kann. Es sind vier Termine im Jahr, bis zu welchen solche Eingaben gemacht werden können. Die Vergabe solcher Beiträge durch die Kulturkommission ist transparent. Die Buchhaltung kann bei der Kulturstelle eingesehen werden. Ende Jahr wird genau nach Sparten ausgewiesen, in welcher Sparte wer wieviel erhalten hat. Dass der Kuchen natürlich klein ist, wissen wir auch. Wir haben in der Stadt Aarau zwar ein anständiges und gutes Kulturbudget, aber auch einen grossen Aufgabenbereich und eine grosse Ausstrahlung durch die Kultur. Für das Aushängeschild unserer Stadt, welches wir uns ja auch immer alle auf die Fahne schreiben, leisten wir einen Beitrag. Das möchte ich an dieser Stelle schon noch betonen. Die Aussage von Hanspeter Hilfiker stimmt: Beim Vergleich zur Rechnung von 2013 ist festgestellt worden, dass der Betrag von 111'400 Franken für den Projektkredit im Total für das Jahr 2013 nicht eingerechnet worden ist. Tatsächlich beträgt die Gesamtsumme für das Jahr 2013 1'435'300 Franken und nicht wie abgedruckt 1'323'900 Franken. Im Budget für das Jahr 2014 ist ein Betrag von 1'447'600 Franken eingestellt, was eine Abweichung zum Jahr 2013 von 11'700 Franken ausmacht. Das sind die reinen Mehrkosten für das Jahr 2014. Natürlich kann man sagen, dass im Jahr 2013 einmalig für den Freien Film investiert worden sei. Man habe dort bei der Umrüstung geholfen, weil sonst seine Existenz gefährdet gewesen wäre. Im Jahre 2014 haben wir punktuell Beiträge gekürzt. Damit komme ich zum Antrag von Ueli Hertig, bei dem ich alles unterschreibe, denn auch die Kommission und der Stadtrat beurteilen Szenart als ein Aushängeschild und als ein gutes Theater mit viel Zulauf. Aber auch hier mussten wir in der Kulturkommission Abwägungen machen und Schwerpunkte setzen. Wir haben gesagt, dass eine neue Leitung, eine neue Crew komme. Seinerzeit hat man mit einem ganz kleinen Betrag begonnen. Es waren 5'000 oder 10'000 Franken Startkapital. Das ist gewachsen. Man hat gesagt, man gebe diesen Leuten jetzt ein gutes Startvolumen mit den 30'000 Franken. Sie können aber ebenfalls während des Jahres eine Eingabe machen, um aus dem allgemeinen Projektkredit noch Geld zu erhalten. Das ist die Situation. Ich überlasse es natürlich Ihnen, ob Sie anschliessend bei diesem Abänderungsantrag Ja oder Nein stimmen. Den Antrag des Stadtrates haben Sie hier klar aufgeführt.

Oliver Bachmann: Ich bin auch der Meinung, dass die beiden Anträge eigentlich einander gegenübergestellt werden müssten. Der eine möchte eine Budgeterhöhung und der andere eine Budgetkürzung. Was passiert, wenn beide Anträge angenommen werden, was macht der Stadtrat dann mit diesen Entscheiden? Deshalb würde ich sagen, dass zuerst der eine obsiegen

müsste und wir dann über ihn entscheiden könnten, ausser der Antrag von Pro Aarau, und da bin ich nicht ganz sicher, sei gar kein Antrag auf Budgeterhöhung, sondern nur auf eine Umverteilung, dann wäre es etwas anderes.

Marc Dübendorfer, Präsident: Ich bin etwas ratlos. Bis zu einem gewissen Grad sind die Ausführungen von Oliver Bachmann einleuchtend, aber wir kommen wahrscheinlich nicht anders zur Lösung dieses Problems, als dass wir die zwei Anträge behandeln. Sie schliessen sich gegenseitig nicht aus. Sie können einander nicht gegenübergestellt werden. Allenfalls steht dann die etwas akademische Frage im Raum, in welcher Reihenfolge wir darüber abstimmen. Aber es liessen sich wohl Argumente für die eine oder die andere Version finden. Ohne Ordnungsantrag würde ich jetzt bei meinem Vorschlag bleiben. Ich vertraue darauf, dass der Stadtrat weiss, was er mit dem Beschluss machen muss. Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Abänderungsantrag von Ueli Hertig, Pro Aarau:

Der Abänderungsantrag von Ueli Hertig, Pro Aarau, wird mit 27 Nein-Stimmen gegen 20 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Susanne Heuberger: Ich stelle einen Abänderungsantrag zur Produktegruppe 20, Kultur, mit folgendem Wortlaut:

Das Auszahlungsvolumen 2014 für die Beitragsempfänger/-innen sei, reduziert um den im Jahr 2013 einmalig an den Freien Film Aarau ausgerichteten Betrag von Fr. 50'000.--, auf dem Voranschlagsniveau von 2013 zu plafonieren und in der Folge eine Gesamtsumme von Fr. 1'290'300.-- (ohne Projektkredit) zu bewilligen.

Ich begründe Ihnen den Antrag gerne. Sie haben in dem schriftlich vorliegenden Antrag bereits drei Punkte enthalten. Ich habe noch ein paar weitere Gründe, welche ich hier noch anführen möchte. Der Ihnen abgegebene Abänderungsantrag ist in diversesten Sachen nicht ganz korrekt. Es steht "inkl. Projektkredit". Das ist falsch, es müsste "ohne Projektkredit" heissen. Ich habe bis jetzt immer noch Mühe mit diesen Zahlen, denn sie stimmen wirklich überhaupt nicht, wie das Stadtrat Carlo Mettauer bereits angetönt hat. Ich habe auf der Internetseite die Zahlen verglichen und die sind nicht einmal richtig übertragen worden. Deshalb ist die Stadtverwaltung auch noch etwas anderer Meinung als ich, was den Betrag ausmacht, welcher hier plafoniert werden soll. Der Antrag ist Ihnen differenziert vorgelegt worden, und zwar beinhaltet er einerseits eine Plafonierung des 2014 zu sprechenden Betrags für die Beitragsempfänger. Er soll auf dem Niveau des Budgets von 2013 plafoniert werden. Als Differenzierung sollen aber die 50'000 Franken reduziert werden. Hanspeter Hilfiker hat es auch schon gesagt: Diese 50'000 Franken sind im Jahr 2013 einmalig ins Budget eingestellt worden. Ich denke, es ist absolut nicht in Ordnung, wenn dieser Betrag einfach schleichend durch die Hintertüre wieder ins neue Budget aufgenommen wird. Deshalb müssen die 50'000 Franken bei einer Plafonierung entfernt werden. Aus diesem Grund ist der Antrag differenziert vorgelegt worden. Der Antrag beinhaltet weiter den Zusatz, dass diese Mittel global gesprochen werden sollen und der Stadtrat sie wirklich im Sinne von WOSA in Eigenkompetenz einsetzen kann. WOSA haben wir ja schon lange und definitiv eingeführt. WOSA spielt meines Erachtens nach aber in vielen Punkten nicht. Das soll hier nun stattfinden. Ich gehe aber davon aus, dass die Beträge sich nicht grossflächig von dem unterscheiden werden, was bisher gesprochen worden ist. Ich komme noch zu den Ihnen vorliegenden drei Begründungs-

punkten. Hanspeter Hilfiker hat auch schon angesprochen, dass die Beiträge, welche wir sprechen, im Moment völlig intransparent sind. Die Vergabe kann nicht nachvollzogen werden. Das Kulturkonzept, bei welchem wir davon ausgehen, dass es genau das regelt und analog des Sportkonzepts aufgegleist wird, ist noch nicht vorhanden. Folgerichtig sind erneute Beitragsanpassungen nach oben ohne die griffigen Vergabekriterien schlichtweg nicht opportun. Im Politikplan kann nachgelesen werden, dass uns das Kulturkonzept auf den Sommer 2013 versprochen worden ist. Der Sommer ist jetzt vorbei. Das Konzept ist noch nicht vorhanden. Es ist schon einige Male passiert, dass Konzepte Verspätung hatten. Bevor das Konzept vorhanden ist, sollten wir den Kulturkuchen in der Projektgruppe 20, den Stadtrat Carlo Mettau-er vorhin als klein bezeichnet hat (und dem widerspreche ich), sicher nicht weiter aufstocken. Das scheint uns logisch zu sein. Das soll auch deshalb nicht passieren, weil wir versuchen müssen, die Finanzen wirklich in den Griff zu bekommen. Dahin laufen ja unsere Bestrebungen. Bei den Sportbeiträgen haben wir stagnierende Ausgaben, bei den freiwilligen Sozialbeiträgen sogar etwas tiefere. Bei der Produktegruppe Kultur soll jetzt wieder einmal mehr eine Ausnahme gemacht werden. Jetzt komme ich noch zu weiteren Begründungspunkten: Generell möchte ich persönlich, aber auch meine Fraktion, Kultur nicht abwerten. Ich denke, es ist ganz wichtig, dass eine Stadt ein gutes, breites Kulturangebot hat. Was wir nicht brauchen, ist Staatskultur. In Aarau sind wir aber seit vielen Jahren auf dem besten Weg dazu. Es gibt keinen Freiwilligenbereich im ganzen Finanzhaushalt, welcher sich in den letzten Jahren so massiv nach oben verschoben hat. Teilweise sind auch ganz kurzfristig Beiträge massiv erhöht worden. Ich denke, dass es beim heutigen finanzpolitischen Horizont nicht opportun ist, die Produktegruppe Kultur weiter aufzublähen. Kultur ist mehr als die Produktegruppe 20, weil im Budget ganz viele andere Sachen enthalten sind, welche auch unter diesen Begriff gehören, so z.B. das Schössli, das KuK, die Stadtbibliothek, aber auch ganz viele kleinere Sachen, die in allen Produktgruppen versteckt sind. Den Maienzug taxiere ich auch als Kultur. Es sind ganz viele solcher Sachen im Budget enthalten. Die Migros spricht von einem Kulturprozent. Bei der Stadt Aarau ist es kein Kulturprozent, es sind praktisch 10 % unseres Finanzhaushaltes, welche im Grossen und Ganzen in diese Produktegruppe hineinfliesen. Das ist eine freiwillige Produktegruppe. Hier ist es zwingend nötig, dass wir mit einer Korrektur ansetzen. Es geht uns in diesem Antrag nicht darum, dass wir sog. sparen, sondern dass man plafoniert. Hier ist also noch gar nichts gespart. Man soll einfach sagen, dass da jetzt einmal gestoppt wird. Zuerst soll das Konzept vorhanden sein, wobei ich die Erfahrung gemacht habe, dass jedes Mal, wenn dann ein Konzept vorlag, die Ausgaben weiter gestiegen sind. Wir werden uns aber bemühen, dem adäquat entgegenhalten zu können. Ich finde auch, dass bei den Betreibern in der Kulturlandschaft die Einsicht wachsen muss, dass es von der Stadt nicht einfach eine "Besitzstandgarantie" auf den einmal erhaltenen Betrag gibt. Auch hier muss man Verständnis haben, wenn es einmal etwas weniger geben sollte. Es vergessen nämlich viele, aber ich sage es hier im Einwohnerrat gerne und auch deutlich, dass die Stadt Aarau weitere 600'000 Franken hat, welche sie jedes Jahr in den Kulturbereich investiert, und zwar von den Ortsbürgern. Bei den Ortsbürgern macht es auch ca. 10 % ihrer Ausgaben aus, welche in den Kulturbereich fliessen. Das darf man ruhig aufrechnen. Da gibt es gar nichts zu unterscheiden zwischen Einwohner- und Ortsbürgergemeinde. All das ist Kulturunterstützung. Das darf ruhig ganz laut gesagt werden und findet vielleicht auch einmal Gehör bei der Presse. Wir haben also einen Riesenbeitrag, welcher für die Kultur eingesetzt wird. Ich will die Kultur wirklich nicht abwerten. Es ist einfach jetzt Zeit, hier einen Marschhalt zu machen. Immer wieder hört man, dass man wegen den Stabilprozessen warten müsse. Dass es Stabilo 1 und 2 überhaupt gibt, ist nicht der Verdienst des Stadtrates, sondern ganz klar der Verdienst der bürgerlichen Parteien, welche seit mehr als vier Jahren versuchen, den Druck aufrecht zu erhalten, damit der Finanzhaushalt stabilisiert wird, und zwar nicht auf der Einnah-

men-, sondern auf der Ausgabenseite. Deshalb sind wir Ihnen dankbar, wenn Sie die Plafonierung unterstützen. Wir sparen nicht damit. Es ist, ausser den 50'000 Franken, welche einmalig gesprochen worden sind, einfach einmal eine Fixierung auf einem hohen Niveau und gar nichts anders. Ich denke, das muss man auch so anerkennen.

Carlo Mettauer, Stadtrat: Ich sage gerne noch ein paar Sachen zu diesen Äusserungen und Ausführungen: Es ist nicht so, dass jedes Konzept natürlich per se Kostenfolgen hat wie beim Sportkonzept. Es sind ja auch Anträge vorhanden mit der Begründung, dass man jetzt eher plafonieren bzw. restriktiver mit den Finanzen umgehen sollte. Der Begriff "Kulturkonzept" ist heute schon oft gefallen. Die erste Lesung fand im Stadtrat vor den Herbstferien statt. Das Kulturkonzept steht also. Eine zweite Lesung sollte Ende Oktober/anfangs November stattfinden. Nachher geht es in die Vernehmlassung und Sie werden es erhalten. Das ist aber nicht das "Betty-Bossi-Buch", wie man künftig Beiträge sprechen wird. Es ist etwas komplexer, ohne dass ich die Kochbücher aber schlecht machen möchte, ich brauche sie auch ab und zu. Es ist so, und das sage ich noch einmal, dass die Kulturkommission mit ihren Richtlinien wirklich sorgfältig die Anträge sämtlicher Kulturinstitutionen und Vereine prüft, abwägt und vergleicht. Natürlich haben sich im Laufe der Jahre kleine und grosse Kulturinstitutionen etabliert. Die pflegen wir auch. Es hat aber auch solche, welche plötzlich nach einigen Jahren oder Jahrzehnen aufhören. Ich erwähne hier z.B. Moments Musicaux. Ihnen wurde der Beitrag nicht einfach gestrichen, weil sie nicht gut waren, sondern weil es sie nicht mehr gibt. Das haben wir auch schon mit dem Klangnovember und anderen erlebt. Wir haben aber auch von der Produktegruppe 30 einen Beitrag für die Volkshochschule ins Budget der Produktegruppe 20, Kultur, verschoben. Diese 10'000 Franken waren vorher bei der Schule und sind jetzt neu bei der Kultur eingerechnet. Es ist so, dass der Stadtrat ganz bewusst den einen oder anderen Schwerpunkt gesetzt hat, weil wir gesehen haben, dass dort der Stadt eine Stärkung gut tut. Das Nennen von Prozentzahlen für die Kulturausgaben gleicht immer etwas einem Kaffeesatzlesen in der Stadt Aarau. Es kommt immer darauf an, was man zur Kultur oder Bildung oder zum Allgemeingut zählt. Gewisse Sachen haben sich in unserer Rechnung schon durchaus etabliert. Da lassen wir uns gerne belehren. Die Ausgaben für die Kultur liegen zwischen 3 und 5 %, das ist richtig, aber nicht bei 10 %. Wir haben vorhin auch gehört, dass die Prozente eigentlich nicht so eine wichtige Rolle spielen, sondern das Geld. Wenn man das Geld mit 2013 vergleicht, so sage ich die Zahlen gerne noch einmal: Weil der Projektkredit beim Gesamttotal nicht eingerechnet worden ist – und dies war nicht böser Wille von irgendjemandem, er wurde in der Excel-Tabelle einfach nicht mitgezählt – liegen wir im Jahre 2013 bei 1'435'900 Franken und im Jahre 2014 bei 1'447'600 Franken. Jetzt könnten wir sagen, wenn wir die Volkshochschule wieder subtrahieren würden, lägen wir nur gerade 2'000 Franken neben dem Budget 2013. Nun kann gesagt werden, die 50'000 Franken für den Freien Film seien einmalig gewesen. Diesen Beitrag hat der Stadtrat nicht reingeschmuggelt. Er hat ihn dargestellt. Der Stadtrat hat auch Erhöhungen gemacht. Ich kann Ihnen diese gerne nennen: Theater-Verein Szenario (Tuchlaube) und Aargauer Kunstverein. Der Aargauer Kunstverein, also das Aargauer Kunsthaus, ist ein ganz wichtiger Player für uns vor Ort und wir wollen auch die zukünftige Zusammenarbeit intensivieren. Neu enthalten im Kulturbudget ist der Beitrag an Radio Kanal K und wie gesagt der Volkshochschulbeitrag. Dieser Beitrag wird dafür beim Schulbudget eingespart. So haben wir beim Freien Film, bei Szenart, bei Argovia Philharmonic (früher ASO) und bei Moments Musicaux Korrekturen gemacht. Das ist absolut transparent. Es ist überhaupt nicht so, dass wir die 50'000 Franken irgendwohin retten oder verstecken wollten. Der Stadtrat hat das Budget 2014 ungefähr dem vorhergehenden angeglichen, und zwar mit einer Abweichung im reinen Kulturbereich, so kann man jetzt sagen, von

2'000 Franken. Deshalb bitte ich Sie dringendst, den Plafonierungsantrag nicht anzunehmen, sondern hier im Sinne von Transparenz das Budget so zu überweisen.

Silvia Dell'Aquila: Ich habe nur eine Verständnisfrage, und zwar abgesehen von der Zahlenverwirrung: Wenn ich jetzt diesem Antrag zustimme, was wird dann genau getan? Es wird plafoniert und was passiert mit dem, was jetzt bereits gesprochen worden ist? Nimmt man es dann Musig i de Altstadt weg, welche auch eine Erhöhung von 10'000 Franken erhalten sollen? Nimmt man es dem Kunstverein weg? Mir ist es nicht so ganz klar: Es wurde ein Antrag gestellt und ich möchte gerne wissen, wie das dann gehandhabt wird.

Marc Dübendorfer, Präsident: Vielleicht kann ich etwas zur Klärung beitragen. Man will plafonieren. Dies ist ein allgemeiner Begriff, welcher ausgelegt werden muss. Konkret verlangt wird ein Kredit über eine Gesamtsumme von 1'290'300 Franken, wie wir im korrigierten Antrag gehört haben, und zwar ohne Projektkredit. Ich glaube, es ist eigentlich müssig, sich über den Begriff "Plafonierung" zu unterhalten. Der kann jetzt sowieso nicht ausgefüllt werden. Es wird beantragt, wenn ich die Antragstellerin richtig verstehe und den Antrag richtig lese, dass im Total für das Jahr 2014 eine Gesamtsumme von 1'290'300 Franken ausgegeben wird. So steht es im Antrag und so liegt er vor. Sonst müsste jetzt jemand kommen und ihn abändern.

Susanne Heuberger: Ich habe den Antrag ja schon in dem Sinne abgeändert, dass ich gesagt habe, der Gesamtbetrag sei ohne Projektkredit einzustellen. Der Projektkredit von 115'000 Franken würde davon nicht tangiert. Das ist der Kredit, welchen die Kulturkommission in Eigenverantwortung vergeben kann. Mir geht es um das Restvolumen, welches der Stadtrat vergeben kann. Dieser Betrag ist so verwirlich, weil in verschiedensten Budgetunterlagen andere Zahlen enthalten sind. Wenn ich diesen Betrag so im Antrag gestellt habe, bleibe ich bei diesen 1'290'300 Franken. Das soll für die Vergaben des Stadtrates plafoniert werden. Zusätzlich kommen die 115'000 Franken des Projektkredites im Budget dazu. Das würde nachher eingerechnet in die Zahlen oben über die vier Budgetpositionen. Das ist eben das Budget, welches überhaupt nicht mehr transparent ist und bei den einzelnen Sachen nicht mehr nachgeschaut werden kann, was wo enthalten ist.

Carlo Mettauer, Stadtrat: Darf ich einfach noch einmal kurz auflisten: Die Plafonierung habe ich so verstanden, dass beim Gesamttotal des Kulturbudgets die 115'000 Franken für den Projektkredit subtrahiert werden müssen. Dieser Betrag wird verglichen mit dem Gesamttotal von 2013. Dabei müssen aber die 50'000 Franken noch weggenommen werden. So entsteht die Zahl für die Plafonierung. Das müsste jetzt schnell ausgerechnet werden.

Madeleine Schweizer, Leiterin Abteilung Finanzen und Liegenschaften: Das Problem ist ja entstanden, weil im Jahr 2013 die 111'400 Franken nicht im Total eingerechnet sind. Wenn man nachher den Betrag nimmt von diesen 1'290'300 Franken, welche im Antrag genannt werden, basiert dieser ursprünglich auf dem Betrag inkl. Projektkredit von 115'000 Franken. Wenn ich das Total nehme ohne die 111'400 Franken, ergibt das 1'323'9000 Franken. Wenn ich das vergleiche mit dem Jahre 2014, und zwar auch ohne den Projektkredit von 115'000 Franken, davon noch 50'000 Franken subtrahiere, welche ja im 2013 einmalig gewesen wären und man im 2014 nicht sprechen möchte, müsste man an und für sich das Globalbudget um 58'700 Franken kürzen. Somit könnte der Zweck erreicht werden, welcher von diesem Antrag gewünscht wird. Das würde heissen, dass der Saldo dieser Produktegruppe nicht mehr 1'678'900 Franken betragen würde, sondern nur noch 1'620'200 Franken. Der korrekte Antrag,

mit dem man das abbilden könnte, müsste dann lauten, dass man eine Plafonierung auf dem Budget 2013 haben möchte ohne die 50'000 Franken und das Globalbudget um 58'700 Franken zu kürzen sei. Die Gesamtsumme würde dann neu 1'620'200 Franken betragen. Ich habe Susanne Heuberger vorhin ausgerechnet, was die Kürzung betragen würde, wenn der Projektkredit nicht zuerst subtrahiert würde. Es wäre dann eine Kürzung von über 60'000 Franken. Es stellt sich die Frage, ob man den Antrag so abändern möchte.

Marc Dübendorfer, Präsident: Jetzt diskutieren wir über zwei verschiedene Arten, ein Resultat darzustellen. Wir können ja durchaus, wie es die Antragstellerin zuerst gewünscht hat, den Sparbeitrag hineintun. Dass es am Schluss einen Einfluss auf die 1,682 Mio. Franken haben wird, ist ja klar. Wir haben aber heute Abend noch 20 weitere Anträge, welche sich dann jeweils auf ein Resultat im Globalbudget auswirken werden. Wir nennen dann jeweils auch keine Schlusszahlen, sondern den Kürzungsbetrag. Es scheint mir für die Willensbildung und die Beschlussfassung hier im Einwohnerrat viel einfacher zu sein, als dass wir eine nackte Zahl aus dem Budget herausnehmen und sagen, dass wir diese jetzt tiefer ansetzen. Dann muss ich wieder fragen, ob allen bewusst ist, weshalb und wo wir kürzen. Der Antrag zumindest von Susanne Heuberger erscheint mir in dieser Hinsicht plausibler zu sein. Es geht mir nur darum, dass am Schluss alle wissen, worum es geht. Madeleine Schweizer hat völlig Recht, dass es dann diese Auswirkungen hat, wie sie aufgezeigt. Aber ich denke, den Antrag muss man schon im Sinne einer klaren Willensbildung so formulieren, dass man den Kürzungsbeitrag einmal genau eruiert. Ich wäre der Meinung, dass wir hier etwas vorwärts machen sollten, damit wir auch zu einer Abstimmung kommen könnten. Wir haben den Antrag des Stadtrates seit dem 10. September vorliegen. Ich denke, selbst wenn es da oder dort Rechnungsfehler darin hat, sollten wir jetzt einen Betrag nennen können. Möchte noch jemand von den Fraktionen etwas zur Klärung des Betrages sagen, denn ich denke, die Diskussion darüber ist nun eigentlich überflüssig.

Hanspeter Hilfiker: Die Situation ist folgendermassen: Wir haben im Budget 2013 eine Auflistung, welche auf eine Summe von 1'340'300 Franken kommt. Das ist die Basis, welche Susanne Heuberger genommen hat für ihren Antrag. Dort gibt es eine kleine Differenz zum Budget 2014, weil wir keinen Projektkredit darin haben, dafür aber einen Posten "Verschiedene Beiträge" von 16'400 Franken. Es geht nur darum, bei der richtig zusammengesetzten Summe der Beiträge von 2013 von 1'340'300 Franken den einmaligen Beitrag von 50'000 Franken für den Freien Film zu subtrahieren. So kommt man auf den Betrag von 1'290'300 Franken als Gesamtsumme für die Beiträge ohne Projektkredit. Das ist die richtige Summe auf der Basis des Budgets 2013.

Silvia Dell'Aquila: Wenn wir das also alle richtig verstanden haben, sparen wir 58'700 Franken auf die jetzt gesprochenen Beiträge. D.h., wir haben dort oben die jungen Leute. Wir haben ihnen erklärt, weshalb sie die 17'000 Franken nicht mehr erhalten. Wir werden anderen erklären, weshalb wir 50'000 Franken bei der Kultur sparen müssen. Vielleicht ist das so, weil andere mehr erhalten, wie z.B. der Kunstverein oder die Tuchlaube. Ich finde das schwierig zu begründen. Ich würde wirklich dringendst empfehlen, den Antrag zurückzuziehen.

Marc Dübendorfer: Das ist kein Antrag, sondern eine Anregung. Wird der Abänderungsantrag zurückgezogen oder geändert? Das ist nicht der Fall. Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag von Susanne Heuberger, SVP-Fraktion:

Der Abänderungsantrag von Susanne Heuberger, SVP-Fraktion, wird mit 25 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen **angenommen**.

Marc Dübendorfer, Präsident: Bei den Produktgruppen 21, 22 und 23 liegen keine Wortmeldungen vor. Bei der Produktgruppe 26, Sport, liegen zwei Einzelanträge von Martina Suter vor.

Martina Suter: Erlauben Sie mir zuerst eine Klarstellung: Der Antrag ist nicht im Namen der FDP, sondern von mir eingereicht worden. So steht es auch auf dem Antrag. Mir ist bewusst, dass es sich um einen provokativen Antrag handelt, indem ich Beiträge für zwei Sportvereine beantrage, die einen negativen Bescheid auf ihre Gesuche erhalten haben. Aber ich habe mich derart geärgert, als ich mich mit den Produktgruppen Sport und Kultur beschäftigt und mit den entsprechenden Fachstellen Rücksprache gehalten habe. Ich ziehe meine Anträge jetzt zurück, da eines meiner Anliegen – nebst der Förderung von neuen sportlichen Leuchttürmen – erfüllt ist. Die Diskussion über die prioritäre Behandlung des Kulturbereichs im Vergleich mit dem Sportbereich wurde entfacht. Ich muss es nicht wiederholen, Hanspeter Hilfiker hat es bei seinem Votum zur Produktgruppe Kultur bereits auf den Punkt gebracht und andere ja auch. Es müssen dringend transparente Vergabemechanismen geschaffen werden. Zudem fordere ich den neuen Stadtrat auf, bei der Zusammensetzung der Kultur- sowie der Sportkommission darauf zu achten, dass keine Kommissionsmitglieder mehr ausgewählt werden, die zugleich Beitragsempfänger sind. Heute sei das ja teilweise der Fall, haben mir die Fachstellen mitgeteilt. Ich erwarte auch, dass künftig auch neue, aufstrebende Vereine zum Zuge kommen werden bei den Fördergeldern und nicht weiterhin der Grundsatz gilt, wie es die Auskunftsperson in der FGPK sowie eine Vertreterin der Kulturstelle sagte: "Wer einmal auf der Beitragsempfängerliste drauf ist, bleibt drauf." Das ist für mich eine sehr irritierende Haltung.

Marc Dübendorfer, Präsident: Bei der Produktgruppe 26 liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Bei der Produktgruppe 30 liegt ein Abänderungsantrag von Gabriela Suter, SP-Fraktion, vor.

Gabriela Suter: Ich habe im Namen der SP-Fraktion einen Abänderungsantrag zur Produktgruppe 30, Volksschule, gestellt mit folgendem Wortlaut:

Für die Wiedereinführung der im Rahmen von Stabulo 1 gekürzten Teamteachinglektionen (Massnahme Reduktion des Kredites für die Blockzeiten) ab dem Schuljahr 2014/15 soll das Budget der Produktgruppe 30, Volksschule, um Fr. 25'000.-- aufgestockt werden.

Ich nehme noch Bezug auf die Korrektur, welche ich am Sonntag verschickt habe. Die SP-Fraktion ist eigentlich der Meinung, dass bereits ab 2014, also im zweiten Halbjahr des Schuljahres 2013/14, die Blockzeiten wieder aufgestockt werden sollten. Man möchte aber der Schulleitung genügend Zeit geben, diese Pensen auch richtig besetzen zu können. Aus diesem Grund haben wir uns entschlossen, eine Verschiebung auf das Schuljahr 2014/15 zu machen. Deshalb ist es zur Korrektur des Abänderungsantrags gekommen. Die Begründung haben Sie alle ebenfalls erhalten. Die Teamteachinglektionen für die Blockzeiten wurden im Rahmen

von Stabilo 1 gekürzt. Ab August 2013 gibt es weniger Halbklassenunterricht in den Abteilungen der Erstklässlerinnen und Erstklässler. Dieser Entscheid wurde hier im Einwohnerrat ganz knapp mit Stichtentscheid des Präsidenten gefällt. Es ist genau das eingetroffen, was wir verhindern wollten: Genau bei der Stufe der jüngsten Schülerinnen und Schüler der Primarschule, also dort, wo es am meisten Sinn machen würde, möglichst viel Halbklassenunterricht durchzuführen, wurde gekürzt. Der Kanton hat mit Entscheid des Grossen Rates ebenfalls die Beiträge für den Halbklassenunterricht gekürzt. So entstand jetzt eigentlich eine doppelte Kürzung. Wir haben bei der letzten Beratung des Geschäfts Stabilo 2 eine Abklärung durchgewinkt, ob man die durchschnittliche Schülerzahl erhöhen könnte an den Schulen. Das sind unserer Ansicht nach kontraproduktive Massnahmen für die Kinder. Halbklassenunterricht und kleinere Klassen machen wirklich sehr viel aus. Es kann individualisierter gelernt werden. Genau diejenigen Kinder, welche normalerweise in grossen Abteilungen immer etwas zu kurz kommen, nämlich die unauffälligen und fleissigen, die vergisst man oft. Die leistungsstarken Schülerinnen und Schüler, wie auch die leistungsschwachen oder verhaltensauffälligen bemerkt man eher. Aber die "normalen" könnten eben genau besser gefördert werden im Halbklassenunterricht. Ich denke, darauf müsste man auch einmal eingehen. Sie können z.B. Sozialkompetenz lernen, indem sie in Gruppenarbeiten den Lead übernehmen können. Halbklassenunterricht bietet eben wirklich vielerlei Chancen für alle Kinder. Vermehrt können alternative Lehr- und Lernformen eingesetzt werden. Beim Einführen des Aarauer Blockzeitenmodells und auch vor der Abstimmung wurde dem Stimmvolk das Modell schmackhaft gemacht mit dem Hinweis, dass die langen Vormittage durch Halbklassenunterricht unterbrochen werden könnten. Kaum hat das Volk Ja gesagt und wurde dieses Modell eingeführt, hat man es wieder gekürzt. Wir sind der Meinung, die Kürzung, und damit das Sparen bei den Lehrerlöhnen hier, gehe auf Kosten der Kinder. Das ist nicht richtig und ist unserer Stadt nicht würdig. Deshalb bitten wir Sie einstimmig, der Erhöhung durch diesen Abänderungsantrag zuzustimmen.

Christian Dubs: Im Prozess Stabilo 1 haben wir Massnahmen beschlossen, von denen wir gesagt haben, dass sie kurzfristig umsetzbar seien und nicht schmerzen würden. Ich weigere mich, heute wieder auf solche Sachen zurückzukommen, welche wir vor knapp einem Jahr beschlossen haben und eine Mehrheit im Rat gefunden haben. Es ist eine Zwängerei und sinnlos. Zufälligerweise habe ich einen Sohn, welcher jetzt gleich im Schachenschulhaus in die 1. Klasse geht. Sie stellen es sich nicht vor, aber es ist die "exorbitante" Zahl von 13 Schülern in seiner Klasse. Da ist es natürlich höchste Zeit, dass man noch etwas Teamteaching machen kann bei solchen Klassengrössen.

Lukas Pfisterer, Stadtrat: Sie haben am 18. Juni 2013 den Massnahmenbericht 2012-2018 beraten. Die Massnahme 18, Reduktion von Lektionen für Blockzeiten, haben Sie beschlossen. Es war tatsächlich knapp, aber der Beschluss fiel so. Der Beschluss ist rechtskräftig geworden. Das ist eine von vielen Stabilo-Massnahmen, welche Sie hier im Rat beschlossen haben. Seit dem Beschluss hat sich auch nichts geändert. Die Schulpflege hat sich daran gehalten und den Beschluss umgesetzt. Es ist jetzt entsprechend auch ins Budget 2014 bzw. für das laufende Schuljahr wie auch für das Schuljahr 2014/15 eingeflossen. Es geht nicht um eine Wiedereinführung, obwohl das so steht im Antragstext, es geht um eine Wiedererhöhung. Damals hatte man verschiedene Modelle, die ich Ihnen aber alle nicht noch einmal erklären muss. Sie haben das am 18. Juni in extenso auch schon diskutiert und es sind dieselben Argumente vorgebracht worden. Es hat sich nichts geändert. Deshalb hat Ihnen der Stadtrat in Absprache mit der Schulpflege den Antrag gestellt, dass Sie daran festhalten, was Sie beschlossen haben.

Marc Dübendorfer, Präsident: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung über den Antrag der SP-Fraktion:

Der Abänderungsantrag der SP-Fraktion wird mit 25 Nein-Stimmen gegen 20 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Marc Dübendorfer, Präsident: Bei den Produktgruppen 31, 40, 41, 42, 43, 46, 50, 51, 60, 62, 63, 70, 71, 72 und 73 liegen keine Wortmeldungen vor. Bei der Investitionsrechnung liegen mehrere Abänderungsanträge vor. Der erste Antrag betrifft die Seite 90, Kontonummer Z17.5.015. Hier liegt ein Antrag von Jürg Schmid, SVP und Hanspeter Hilfiker, FDP, vor mit folgendem Wortlaut:

Konto Z17.5.015 Rahmenkredit energetische Massnahmen: Die Bewilligung des Kredites von Fr. 500'000.-- soll nicht mit dem Budget 2014, sondern mit der Vorlage des Vorgehenskonzepts in einer separaten Botschaft beantragt werden.

Jürg Schmid: Zur Umsetzung des kommunalen Energieplans wird ein Vorgehenskonzept ausgearbeitet. Darin soll aufgezeigt werden, wie die diversen Vorgaben, beispielsweise die Senkung Primärenergieverbrauch, erreicht werden sollen. Damit verbunden ist eine Reihe von Investitionen. Zwecks Initialisierung dieser Massnahmen beantragt der Stadtrat mit dem Budget eine erste Kredittranche von 500'000 Franken. Die Umsetzung von energetischen Massnahmen ist eine komplexe Materie. Leider ist es nicht eine abschliessende, komplett erforschte Wissenschaft, und bei vielen Massnahmen bewegt man sich quasi auf einem Experimentierfeld. Hohe Investitionen können schlussendlich zu mageren Resultaten führen. Die Mittel sind aber überall beschränkt. Es ist entsprechend mit grosser Sorgfalt damit umzugehen und dazu ist auch der Gesamtrahmen zu kennen. "Wir starten nun einfach mal und machen etwas" erscheint uns nicht die richtige Strategie zu sein. Entsprechend beantragen wir, dass Kredite für die Initialisierung energetischer Massnahmen nur in Zusammenhang mit entsprechenden Botschaften, die über die Absichten und erwarteten Resultate klar Auskunft geben, bewilligt werden. Im konkreten Fall würden wir es begrüssen, wenn zuerst das Gesamtkonzept vorliegt, wir uns entsprechend ein Gesamtbild über die Massnahmen und deren Kostenfolgen machen können und zusammen mit dem Konzept der erste Kreditantrag zur Bewilligung an den Einwohnerrat gestellt wird. Wir hoffen, die Mehrheit im Einwohnerrat teilt diese Ansicht.

Alexander Umbricht: Es ist schon richtig: Bei der ganzen Energiewende gibt es ein grosses Experimentierfeld und vieles ist Glaubenssache. Bei energetischen Massnahmen im Gebäudebereich weiss man relativ viel. Da ist man seit Jahren daran. Wenn ich es richtig verstanden habe, geht es bei diesem Kredit hauptsächlich um den Gebäudebereich. Ich möchte einfach darauf hinweisen: Der esak-Gegenvorschlag ist mit 60 % angenommen worden. Wenn man jetzt das Ganze hinausschiebt, so habe ich das Gefühl, dass wir jetzt eine Möglichkeit verpassen würden, Geld zu sparen. Weshalb? Die Absenkpfade sind ambitiös. Sie sind machbar und stammen von der Gemeindeordnung. An die müssen wir uns ganz klar halten. Das ist ein ganz klarer Auftrag, den uns der Souverän gegeben hat. Das heisst, dass wir irgendwann einmal etwas machen müssen. Das kostet. Die Summe bleibt die gleiche, aber je länger wir warten,

umso länger geben wir immer mehr Geld für zu viel Energie aus. Wenn wir das jetzt umsetzen, sparen wir wenigstens diese Kosten. Die Absenkpfade sind vorgegeben, sie sind gewünscht und daran müssen wir uns halten.

Beat Blattner, Stadtrat: Der Einwohnerrat und anschliessend das Volk haben für dieses Jahr mit dem Budget einen Kredit von 100'000 Franken gesprochen. Damit sollen die städtischen Liegenschaften untersucht werden. Dabei geht es darum aufzuzeigen, welches Potenzial vorhanden ist, um mit geeigneten Massnahmen den Energieverbrauch zu senken. Das ist dringend notwendig, um die Ziele der Absenkpfade, wie es vorhin bereits gesagt worden ist, bis im Jahre 2020 zu erreichen. Mit dem Gegenvorschlag des Stadtrates gegen die esak-Initiative ist das ja von der Aarauer Bevölkerung mit deutlichem Mehr gutgeheissen worden. Der Stadtrat hat gehofft, dass das Vorgehenskonzept, welches hier angesprochen worden ist, bei der Budgetierung vorliegen würde. Wir haben doch ein recht grosses Portfolio an Liegenschaften in der Stadt Aarau, das dürfen wir mit einem gewissen Stolz zur Kenntnis nehmen. Aber das zu untersuchen dauerte länger, als man gemeint hat. Das Vorgehenskonzept liegt im Dezember in einem Entwurf für die Stadtverwaltung vor. Herr Hilfiker darf also mit Freude zur Kenntnis nehmen, dass er das Vorgehenskonzept höchstpersönlich mit sechs anderen Stadträten wird zur Kenntnis nehmen, bearbeiten und in dieser oder jener Art verabschieden dürfen. Weshalb hat jetzt der Stadtrat bereits 500'000 Franken eingestellt im Budget? Wenn man im Politikplan schaut, so sieht man, dass für das Jahr 2014 500'000 Franken, für die Jahre 2015, 2016 und 2017 je eine Million Franken sowie 2018 und weitere noch einmal 4 Mio. Franken geplant sind. Sie haben also den Umfang des Ganzen, wie ihn der Stadtrat damals abgeschätzt hat, hier zur Kenntnis nehmen können. Wenn man energetische Massnahmen ergreifen will, dann tut man das mit Vorteil dann, wenn an einem Gebäude gemäss unserer Unterhaltsplanung überhaupt so oder so schon gebaut wird. Man schaut also, was man über den Minimalstandard hinaus energetischer Art machen könnte. Dafür sollte ein solcher Kredit zur Verfügung stehen. Sanierungsprojekte liegen für die Umsetzung auch im Jahre 2014 vor. Wir sollten jetzt eigentlich unbedingt versuchen, Sanierungsprojekte mit Hilfe solcher Kredite, welche es so oder so brauchen wird, um die Absenkpfade zu erreichen, zu verbessern. Dafür braucht es Geld. Das möchten wir auf Jahre hinaus verteilen. Einzelne Massnahmen gesondert für sich im Energiebereich an Liegenschaften zu ergreifen, ist im Normalfall wesentlich teurer, als wenn man sowieso an diesen Liegenschaften arbeitet. Hier geht es sowohl um Neubauten, als auch um Sanierungen. Da könnte man, und der Stadtrat meint, da sollte man auch, Synergien nutzen. Es ist klar: Der neue Stadtrat wird anfangs seiner neuen Amtsperiode dann Gelegenheit bekommen, das Vorgehenskonzept zu beraten. Wir glauben, der Stadtrat vom Jahre 2014 wird in seiner Handlungsfähigkeit im Rahmen der Beschlüsse, welche jetzt schon zu fällen sind, überhaupt nicht eingeschränkt sein. Selbst wenn er diesen Kredit streichen möchte, was ja wahrscheinlich gegenüber der Bevölkerung fast gegen Treu und Glauben wäre, könnte er das tun und das Geld im Jahre 2014 einsparen. Deshalb glaubt der Stadtrat auch, dass zumindest ab 2014 Gelder vorhanden sein sollten. Es ist die Hälfte des später in der Jahrestanche vorgesehenen Betrags. Wir glauben, dass der Stadtrat und der Einwohnerrat später froh sein werden, wenn gewisse Projekte vorliegen und die Gelder eingesetzt werden können, um die Ziele bis ins Jahr 2020 zu erreichen. Das Ziel 2020 heisst: "20 % Energiereduktion." Deshalb hat der Stadtrat diese 500'000 Franken bereits ins Budget eingestellt, wie es auch schon im Politikplan steht.

Jürg Schmid: Es kann sein, dass ich diese Aussagen etwas falsch gedeutet habe, aber bei dem Abänderungsantrag geht es nicht darum, diesen Kredit zu streichen. Es geht lediglich darum, dass hier im Voranschlag nicht ein Kreis, sondern ein Stern vor diese Kontonummer

gesetzt wird. Dieser Budgetposten soll nicht einfach mit dem Durchwinken des Voranschlags bewilligt werden. Es soll darüber eine separate Botschaft an den Einwohnerrat erstellt werden.

Martina Suter: Ich hätte nur gerne gewusst, wie lange es dauern würde, bis dann eine solche Botschaft vorgelegt werden könnte. Welche Verzögerung gäbe das?

Beat Blattner, Stadtrat: Ich versuche schnell, eine Antwort zu geben. Wenn ich lese, was es da im Abänderungsantrag heisst: "Die Bewilligung des Kredites von Fr. 500'000.-- soll nicht mit dem Budget 2014 genehmigt werden." Das heisst also, dass der Kredit jetzt beim Budget rausgehen würde. Er würde also ein Sternchen bekommen. Das bedeutet, dass er nicht über das Budget bewilligt wird. Das Geld ist meiner Meinung nach erst dann da, wenn der Einwohnerrat dazu eine Botschaft bekommt mit dem Gesamtkredit. Meine Kollegen sind da offensichtlich anderer Meinung, was ich selbstverständlich am Ende meiner Amtsperiode akzeptiere. Wenn das heisst, dass der Betrag drinbleibt – und ich würde sagen, dass das vielleicht nicht ganz richtig formuliert ist – kann man damit rechnen, dass das Geld im nächsten Jahr auch ausgegeben werden kann, aber erst dann, wenn der Einwohnerrat den Gesamtkredit und auch die entsprechenden Tranchen bewilligt hat. Wann diese Botschaft parat ist, kann ich nicht sagen, das muss Herr Hilfiker dann zusammen mit seinen sechs Kolleginnen und Kollegen sagen. Nur zur Klärung: Ich habe es gesagt, dass das Geschäft im Dezember vorliegen sollte. Das geht nachher zum Stadtrat für die Beratung. Nach langjähriger Erfahrung weiss ich auch, dass ein Geschäft beim Stadtrat manchmal nicht in einem Anlauf gleich durchgewinkt wird. Vielleicht gibt es eine Verzögerung. Ich würde jetzt einmal behaupten, dass Sie innerhalb eines halben Jahres in der Lage sein sollten, über eine solche Botschaft im Einwohnerrat zu befinden.

Marc Dübendorfer, Präsident: Wenn man den Antrag in sich liest, ist klar, auch wenn es verwirrend sein mag, dass der Antragssteller nach seinen Ausführungen den Betrag in der Investitionsrechnung nicht gestrichen, sondern statt des Kreises mit einem Sternchen versehen haben möchte. Das ist eigentlich die ganze Debatte, welche wir hier führen. So soll es im Protokoll stehen. Ich schlage vor, dass wir so darüber abstimmen und dann alle wissen, worum es geht, auch wenn ich den Antrag so vorlese, wie er hier geschrieben steht. Damit gemeint ist eben, dass er mit einem Sternchen versehen werden soll. Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen kommen wir zur

Abstimmung über den Abänderungsantrag von Jürg Schmid, SVP, und Hanspeter Hilfiker, FDP:

Der Antrag von Jürg Schmid, SVP, und Hanspeter Hilfiker, FDP, wird mit 25 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen **angenommen**.

Marc Dübendorfer, Präsident: Der zweite Abänderungsantrag zur Investitionsrechnung betrifft das Konto A60.5.013 und kommt von Jürg Schmid, SVP-Fraktion. Der Abänderungsantrag lautet wie folgt:

Konto A60.5.013 OXER Aargauer Bühne, Projektierung: Die im 2014 vorgesehene Investition in die Projektierung von Fr. 300'000.-- sei zu streichen bzw. auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

Jürg Schmid: Mit der Überweisung der Motion "Kasernenareal – Entwicklungsstrategie für die Stadt Aarau" wurde der Stadtrat kürzlich beauftragt, die Gesamtplanung dieses Stadtgebietes anzugehen. Mit deren Lage muss die Reithalle ganz klar als zum Kasernenareal gehörend bezeichnet werden. Es erscheint uns deshalb nur logisch, dass die Reithalle auch in die Gesamtplanung miteinbezogen wird. Eine isolierte, unkoordinierte Weiterführung des Projekts OXER zum jetzigen Zeitpunkt ist unseres Erachtens deshalb nicht zielführend. Man darf Mittel nicht in die Projektierung investieren, wenn das Ziel nicht bekannt ist. Entsprechend beantragen wir, die Weiterführung der Projektierung des OXER erst wieder aufzunehmen, wenn die Strategie für das ganze Kasernenareal feststeht.

Carlo Mettauer, Stadtrat: Ich kann hier zwei Sachen dazu sagen: Die beiden Projekte haben eigentlich gar nichts miteinander zu tun. Damit wiederhole ich, was ich bei der Anfrage vorhin bereits gesagt habe. Wir müssen deshalb auch nicht warten, bis wir eine Gesamtüberlegung angestellt haben, weil die eine ganz andere Zeitachse und Zielgebung als der OXER hat. Das Projekt OXER ist nicht vage, sondern aufgegleist. Wir haben einen Wettbewerb durchgeführt. Daraus resultierte ein Siegerprojekt. Wir haben eine Marschtabelle und einen Kredit. Jetzt komme ich zum Kernstück: Im Prinzip kann man auf diesen Antrag gar nicht eintreten, weil der Kredit, welchen Sie in Frage stellen oder auf einen späteren Zeitpunkt verschieben wollen, vom Einwohnerrat beschlossen und rechtskräftig gesprochen ist. Es wurde auch entschieden, wie er tranchiert werden soll. Der Stadtpräsident hat vorhin bereits ausgeführt, dass das eine Angelegenheit der Exekutive ist. Den Projektierungskredit von 1,1 Mio. Franken haben wir paritätisch mit dem Kanton zusammen übernommen und setzen ihn im Sinne der Gewaltentrennung selber ein. Deshalb möchte ich Sie bitten, gar nicht auf dieses Anliegen einzutreten.

Susanne Heuberger: Ich habe eine Verständnisfrage an den Stadtrat: Carlo Mettauer hat eben gesagt, der Einwohnerrat sollte gar nicht darauf eintreten, weil er quasi gar nicht befugt sei, dem Stadtrat da reinzureden. So möchte ich nun vom Stadtrat wissen, wie die Vorgehensweise wäre, damit man dreinreden könnte. Müsste das über eine Motion passieren? Welche Instrumente stehen uns zur Verfügung, um unseren Zielen näher zu kommen?

Marcel Guignard, Stadtpräsident: Wir teilen uns etwas auf bei der Beantwortung der Fragen. Ich konnte diese Fragen schon in der FGPK zu erklären versuchen. Wenn der Einwohnerrat oder das Volk einen Kredit gesprochen hat, dann ist er gesprochen. Danach hat die Exekutive das Recht und die Verpflichtung, mit diesem Kredit umzugehen und ihn auszuführen. Zu dieser Ausführung gehört auch die Tranchierung, denn schlussendlich können durch das "Verschleppen" sogar noch Mehrkosten produziert werden. Es ist Aufgabe der Exekutive, diesen Kredit auch terminlich umzusetzen. Wenn man den Eindruck hat, man wolle auf diesen seinerzeit gesprochenen und in Rechtskraft erwachsenen Kredit zurückkommen, weil man vielleicht die Projektierung gar nicht machen oder beispielsweise das Haus gar nicht bauen möchte, dann muss man die ganze Übung zurückspulen. Das geht nur, wie es auch bei einem ordentlichen Geschäft geht: Der Stadtrat muss durch einen Vorstoss, z.B. eine Motion, aufgefordert und verpflichtet werden, auf den seinerzeitigen, rechtsgültigen Beschluss zurückzukommen. Dann muss der Beschluss im selben Verfahren wieder zurückgespult werden. So ist es beispielsweise bei den Mantelnutzungen im Torfeld Süd erfolgt. Dem Stadtrat ist anschliessend sogar im Rahmen eines Beschwerdeverfahrens gesagt worden, man hätte sogar noch einmal weiter, bis ev. zu einer Volksabstimmung, zurückgehen müssen. Da kann man nur wieder vorne anfangen. Stadtrat Carlo Mettauer hat von mir aus zu Recht gesagt, dass diese Kredittranche mit dem Budget 2014 nicht mehr zur Debatte steht. Es ist nun Sache des

Stadtrates, diesen Betrag einzusetzen. Überlegen Sie sich einmal, was passieren würde, wenn dem nicht so wäre: Man könnte dann ursprüngliche, rechtskräftige Kreditbeschlüsse jahrelang mit entsprechenden Mehrheiten, welche es gibt, ad infinitum verschieben. So würde man eigentlich rechtskräftige Entscheide unterlaufen. Deshalb ist der Stadtrat der Meinung, dass hier nicht auf diesen Abänderungsantrag eingetreten werden kann.

Jürg Schmid: Besten Dank für die erläuternden Ergänzungen. Ich ziehe meinen Abänderungsantrag dementsprechend zurück.

Marc Dübendorfer, Präsident: Wir kommen zu weiteren Abänderungsanträgen zur Investitionsrechnung. Es ist eine grössere Reihe von Abänderungsanträgen betr. Konto 6220, Gemeindestrassen, vorhanden. Die Abänderungsanträge stammen von Martina Suter, FDP, Jürg Schmid, SVP, und Werner Schib, CVP. Zudem liegt ein Abänderungsantrag der FGPK vor. Leider können wir nicht in globo über diese Abänderungsanträge abstimmen, obwohl uns das leichter fallen würde. Wir müssen sie einzeln durchberaten. Die Abstimmungen sind so noch ein etwas sportliches Programm um diese Uhrzeit. Wir gehen in der Reihenfolge der Kontonummern vor. Wir werden die Debatte gleich über alle Abänderungsanträge eröffnen. Das Wort erhalten zuerst die FGPK sowie die Antragssteller von FDP, SVP und CVP, um ihre Anträge zu begründen.

Martina Suter: Das emsige, vielleicht schon gar übereifrige Sanierungsbestreben bei den Strassen ist in Aarau ein Dauerbrenner. Die Kritik der letzten Jahre scheint aber auch fürs Budget 2014 ungehört geblieben zu sein. Asphaltbeläge müssen von Zeit zu Zeit erneuert werden, darüber sind wir uns alle einig. Aber ab wann ein Strassenzustand als gut, ausreichend, kritisch oder schlecht beurteilt wird, da gibt es grossen Ermessensspielraum, wie ich mir von einem Tiefbauer sagen liess. Dieser Ermessensspielraum kann aber sehr ins Geld gehen. Das Budget 2014 weist ein Investitionsvolumen von 51 Mio. Franken auf. Davon entfallen nicht weniger als 15 Mio. Franken, also etwas weniger als 1/3 des gesamten Investitionsbetrags, auf den Bereich "Gemeindestrassen". Man stelle sich das einmal vor: knapp 1/3 der Gesamtsumme geben wir nur schon für unsere Gemeindestrassen aus. Jede Strasse ist im städtischen Programm "Werterhaltung Gemeindestrassen Aarau" mit einer Beurteilung aufgeführt. Ein Blick in diese Zusammenstellung bringt manchmal auch etwas Irritierendes zutage. So werden die neu gepflasterten Altstadtgassen nur mit "mittel" und eine sogar nur mit "ausreichend" beurteilt. Der Weg der Aare entlang, also im Gebiet der geplanten Aareraum-Ost-Erweiterung, erhält die bestmögliche Note "gut". Grösste Teile der Hallwylstrasse, die notabene auf der Sanierungsliste von 2013 steht, werden als "ausreichend" erfasst; also nicht etwa "schlecht". Diese Fakten haben wohl, so hoffe ich einmal, auch den Stadtrat dazu bewogen, einen Marschhalt einzulegen. Welche vorgemerkten Strassen ab 2015 zurückzustellen sind, wurde noch nicht entschieden. Das zeigt deutlich auf, dass der Zustand keiner einzigen Gemeindestrasse als unbedingt sanierungsbedürftig einzustufen ist und eine Belagserneuerung mit gutem Gewissen auch um ein oder zwei Jahre hinausgeschoben werden kann. Dem im Moment massiv überladenen Investitionsprogramm würde eine Verschiebung etwas Luft verschaffen, bzw. zu einem etwas kleineren Ausgabevolumen verhelfen, das schon fast zu einer ausgeglichenen Rechnung führen würde. Dass diese von uns beantragte Verschiebung der Belagsarbeiten zu verantworten ist, zeigt, dass auch der stadträtliche Beschluss zur künftigen, ca. auf 10 Jahre hinausschauenden Werterhaltungsstrategie immer noch aussteht. Es scheint nicht so zu pressieren. Zudem werden die Standards für die Gemeindestrassen ja auch im Rahmen von Stabulo 2 überprüft und mit Fachleuten allenfalls neu festgelegt. Es gilt noch anzumerken, dass wir auf der Streichungsliste nur Strassen aufgelistet haben, bei denen keine

Werkleitungsarbeiten schon fest geplant sind für 2014. Auch nicht aufgeführt sind Strassen, deren Sanierungsarbeiten separat noch mit einer Botschaft vorgelegt werden, wie z.B. für die Laurenzenvorstadt. Gestützt auf diese Ausführungen beantragen die Fraktionen der FDP, SVP und CVP die Streichung der Sanierungsbeträge für die im Abänderungsantrag aufgeführten Strassen. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Marc Dübendorfer, Präsident: Nachdem der Präsident der FGPK bereits in seinem Eingangsvotum zu diesem Geschäft Stellung zum Abänderungsantrag genommen hat, besteht kein Wunsch mehr zu einer Wortmeldung durch die FGPK. Somit eröffne ich die Debatte zu diesen Abänderungsanträgen betr. Gemeindestrassen.

Jolanda Urech, Stadträtin: Ich möchte gerne zuerst einige generelle Ausführungen zu der Werterhaltung von Gemeindestrassen machen. 2003 hat man tatsächlich im Stadtrat entschieden, dass der Zustand der Gemeindestrassen erhalten werden soll, und zwar auf Dauer. Deshalb wurde eine Zustandsuntersuchung in Auftrag gegeben. Man definierte einen Standard. Der Anteil an kritischen, schlechten und ungenügenden Strassen sollte nicht höher als ungefähr 10 % sein. Zu diesem Zweck hat man einen Betrag definiert, welcher sich aufgrund der Strassenflächen rechnete. Man kam auf eine jährliche Summe von 3,6 Mio. Franken. Das wurde in den letzten 10 Jahren nicht immer investiert, aber über weite Strecken, v.a. in der Anfangsphase. Das Ziel war, wie gesagt, den Standard der Strassen erhalten zu können. Die 10 Jahre sind vorbei. Man ist jetzt tatsächlich an dem Punkt angelangt, wo es darum geht, eine neue Phase zu definieren. Das Sanierungsprogramm ist eigentlich vorbei und die Strassenzustände sind 2012 neu erhoben worden. Die Strassenfläche, welche man jetzt neu angeschaut hat, wurde durch die Strassen von Rohr im Jahre 2010 ergänzt. Das führte zu einer Zunahme der Strassenfläche um 20 %. Was ist eigentlich Werterhalt? Werterhalt zielt darauf ab, Strassen rechtzeitig zu sanieren. Was heisst das? Eine optische Beurteilung, welche wir Laien uns durch blosses Gehen und Schauen oft zumuten, reicht alleine nicht. Es braucht eine tiefere Betrachtung. Das heisst, dass fast unscheinbare Risse im Deckbelag dazu führen können, dass Wasser in die untere Schicht eindringen kann. So nimmt die Kofferung Schaden, was wiederum dazu führen kann, dass es später zu einem Komplettersatz einer solchen Strasse kommen muss. Rechtzeitige Sanierungen können das verhindern. Mit anderen Worten gesagt: Wenn man rechtzeitig saniert, geht es schlussendlich auch um einen kostenbewussten Umgang mit den Strassen. Die neuen Strassenuntersuchungen haben ergeben, dass wieder 3,5 Mio. Franken pro Jahr bei einer kontinuierlichen Weiterführung der Sanierungen benötigt würden. So könnte der Anteil an kritischen, schlechten und mittelmässigen Strassen auf einem tiefen Niveau gehalten werden. Der Stadtrat hat in der Lesung des Politikplans beschlossen, diese 3,5 Mio. Franken pro Jahr auf 1,5 Mio. Franken zu kürzen. Im Politikplan sind für die nächsten 4 Jahre also rund 1,5 Mio. Franken pro Jahr eingestellt. Der Stadtrat ist also bereit, auf ein Minimum zu gehen, was aber auch bedeuten kann, dass der Gesamtzustand der Strassen verschlechtert wird. Tatsächlich soll die künftige Werterhaltungsstrategie im Rahmen von Stabulo 2 neu festgelegt werden. Bis das aber festgelegt ist, sollte man nach Meinung des Stadtrates nicht einfach nichts tun, wie das der vorliegende Antrag vorgeben würde. Den Werterhalt stehen lassen oder verschieben, ist nichts anderes als ein Hinausschieben. Ich habe vorhin erklärt, dass dieses Hinausschieben auch nichts anderes als eine allfällige Erhöhung der Sanierungskosten bedeutet. Der avisierte Erhaltungswert ist also vom Stadtrat bereits massiv gekürzt oder unterschritten worden. Die 1,7 Mio. Franken, welche wir jetzt pro Jahr haben, entsprechen somit einem Betrag, welcher eine gewisse Verschlechterung des Strassenzustandes in Kauf nimmt. Man könnte auch sagen, es fände ein gewisser Wertverzehr statt. Im Rahmen von Stabulo 2, und beim Entscheiden des zukünftigen Programms, wird man sehr

wahrscheinlich nicht noch viel tiefer runtergehen als diese 1,7 Mio. Franken. Ein bestimmter Anteil an Werterhaltung wird man so oder so machen müssen, wenn man nicht will, dass auflaufende Kosten später in einer viel grösseren Masse auf die Stadt zurückkommen. Es braucht nämlich einen haushälterischen und kostenbewussten Umgang. Der aufgeschobene oder gar unterlassene Unterhalt ist am Schluss immer teurer. Ich möchte Sie deshalb bitten, diese Posten, welche in der Tabelle aufgelistet sind, bei denen es aber wirklich um Werterhalt geht, nicht zu streichen. So würde der Werterhalt sozusagen im Jahre 2014 auf Null hinuntergeschraubt. Man würde damit bewirken, dass allenfalls grössere Kosten auflaufen könnten. Die Minimaltranche soll im Jahr 2014 stehen gelassen werden. Im Rahmen von Stabulo 2 kann, wie vorgesehen, das Werterhaltungsprogramm diskutiert werden. Dann kann man festlegen, ob man bei dem Minimalbetrag von 1,7 Mio. Franken bleiben will, ob er sogar erhöht werden soll oder welche Haltung man einnehmen möchte. Es kann diskutiert werden, wie viele kritische oder schlechte Strassen zukünftig in der Stadt Aarau verantwortet werden sollen. Das ist der eine Punkt. Beim anderen Punkt möchte ich die Vordere Vorstadt eigentlich gerne aus der Diskussion ausklammern. Die im Budget aufgelisteten 200'000 Franken sind eigentlich erst ein Projektierungskredit. Diese Position hat erst ein Sternchen vornedran, wie das vorhin auch gewünscht worden ist bei den energetischen Massnahmen. Das Geschäft wird dem Einwohnerrat vorgelegt werden. Es ist auch ein etwas komplexeres Geschäft. Betr. Sanierung der Vorderen Vorstadt hat sich jetzt eine Zusammenarbeit mit der Ladenvereinigung ergeben. Die Ladenvereinigung der Vorderen Vorstadt ist daran interessiert, eine Aufwertung in diesem Raum zu bewirken, welche den Läden entgegen kommt und diesen Bereich überhaupt attraktiver gestaltet. Deshalb wurde eine Studie erstellt, welche von der Ladenvereinigung mitfinanziert worden ist. Jetzt geht es darum, daraus eine Vorlage auszuarbeiten, welche nebst der Sanierung schlussendlich auch das enthalten wird, was bei der Studie an Ideen angedacht worden ist. Die Vorlage soll enthalten, was das für die Finanzierung heisst. Deshalb finde ich es richtig, dass der Einwohnerrat die Möglichkeit erhält, diese Botschaft dann in der ganzen Breite zu diskutieren und adäquate Beschlüsse fassen zu können. Da möchte ich sehr dafür plädieren, dass man die Vordere Vorstadt aus dieser ganzen Sache rausnimmt. Dort geht es wirklich nicht um Werterhalt, sondern um eine umfassende Sanierung. Ich komme noch zum Antrag der FGPK: Wer sich heute zwischen Igelweid und Graben bewegt, stellt fest, dass genau in der direkten Verbindung zwischen diesen beiden Räumen vier Telefonkabinen, ein Treppenabgang zu einer Trafostation sowie ein Lüftungsschacht platziert sind. Diese wichtige Verbindung war unter anderem auch ein Thema einer Eingabe vom Zentrum Aarau im April 2012. Diese Idee war im Anschluss an die Entwicklungs- und Ergebniskonferenz Altstadt entstanden. Es wurden Vorschläge zur Entwicklung der Altstadt und Umgebung ausgearbeitet. An die Stadt Aarau wurde vom Zentrum unter anderem das Anliegen einer gestalterischen Verbesserung der Verbindung Igelweid-Markt-Altstadt gerichtet. In diesem Zusammenhang muss man das Projekt jetzt auch betrachten. Es ist tatsächlich das Ziel, diese Verbindung attraktiver zu gestalten, den oberirdischen Zugang zur Trafostation zurückzubauen und als Ersatz einen neuen Zugang über die Tiefgarage zu realisieren. Die vier Telefonkabinen werden auf eine reduziert. Das alles sind jetzt schon Themen, welche mit der IBAarau AG, der Swisscom und der Eigentümerin der Parkgarage abgesprochen worden sind. Alle sind bereit, zu kooperieren und mitzuhelfen, dass der ganze Bereich neu gestaltet werden kann, um eine attraktive Direktverbindung zwischen Altstadt, Markt und Igelweid entstehen zu lassen. Es geht jetzt eigentlich darum, die Hindernisse zu entfernen und unterirdisch adäquat zu platzieren. Damit kann eine attraktive Verbindung geschaffen werden. Deshalb bitte ich Sie auch hier, dem Antrag so, wie er im Budget aufgelistet ist, zuzustimmen.

Martina Suter: Vielen Dank für die Ausführungen. Für uns war es nicht klar, weil bei der Vorderen Vorstadt im Budget nur "Belagssanierung" stand. Nach diesen Ausführungen ziehen wir den Abänderungsantrag betr. Vordere Vorstadt selbstverständlich zurück.

Marc Dübendorfer, Präsident: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zu den

Abstimmungen über die Abänderungsanträge zur Investitionsrechnung

Antrag der FGPK zum Konto A62.5.245:

Das Projekt A62.5.245, Verbindung Igelweid/Graben, Fr. 250'000.--, sei aus der Investitionsrechnung des Budgets 2014 zu streichen.

Dieser Antrag der FGPK wird mit 32 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen **angenommen**.

Marc Dübendorfer, Präsident: Ich mache bei diesen Abstimmungen folgenden Vorschlag: Ich werde jeweils die Ja-Stimmen wiedergeben. Wenn es knapp betr. absolutem Mehr werden könnte, frage ich jeweils, ob die Gegenstimmen und Enthaltungen ausgezählt werden sollen. Bei klaren Mehrheiten werden wir das sonst sein lassen. Selbstverständlich kann jeder hier im Saal einzeln verlangen, dass wir alles auszählen. Dies ist kein Ordnungsantrag, sondern ein Vorschlag. Solange kein Widerstand hier im Saal entsteht, machen wir das so. Somit kommen wir zum nächsten Antrag.

Antrag der FDP, SVP und CVP zum Konto A62.5.175, Hohlgasse:

Das Projekt A62.5.175, Hohlgasse, Fr. 220'000.--, sei aus der Investitionsrechnung des Budgets 2014 zu streichen.

Dieser Antrag der FDP, SVP und CVP wird mit 29 Ja-Stimmen **angenommen**.

Antrag der FDP, SVP und CVP zum Konto B62.5.255, Hallwylstrasse:

Das Projekt B62.5.255, Hallwylstrasse, Sanierung, Fr. 355'000.--, sei aus der Investitionsrechnung des Budgets 2014 zu streichen.

Dieser Antrag der FDP, SVP und CVP wird mit 29 Ja-Stimmen **angenommen**.

Antrag der FDP, SVP und CVP zum Konto B62.5.265, Kornweg:

Das Projekt B62.5.265, Kornweg, Sanierung, Fr. 155'000.--, sei aus der Investitionsrechnung des Budgets 2014 zu streichen.

Dieser Antrag der FDP, SVP und CVP wird mit 28 Ja-Stimmen **angenommen**.

Antrag der FDP, SVP und CVP zum Konto B62.5.275, Signalstrasse:

Das Projekt B62.5.275, Signalstrasse, Sanierung, Fr. 300'000.--, sei aus der Investitionsrechnung des Budgets 2014 zu streichen.

Dieser Antrag der FDP, SVP und CVP wird mit 28 Ja-Stimmen **angenommen**.

Antrag der FDP, SVP und CVP zum Konto C62.5.035, Goldernstrasse:

Das Projekt C62.5.035, Goldernstrasse, Fr. 240'000.--, sei aus der Investitionsrechnung des Budgets 2014 zu streichen.

Dieser Antrag der FDP, SVP und CVP wird mit 28 Ja-Stimmen **angenommen**.

Antrag der FDP, SVP und CVP zum Konto D62.5.225, Bachstrasse inkl. Herzogplatz:

Das Projekt D62.5.225, Bachstrasse inkl. Herzogplatz, Fr. 350'000.--, sei aus der Investitionsrechnung des Budgets 2014 zu streichen.

Dieser Antrag der FDP, SVP und CVP wird mit 28 Ja-Stimmen **angenommen**.

Antrag der FDP, SVP und CVP zum Konto D62.5.275, Tellstrasse Ost:

Das Projekt D62.5.275, Tellstrasse Ost, Sanierung, Fr. 330'000.--, sei aus der Investitionsrechnung des Budgets 2014 zu streichen.

Dieser Antrag der FDP, SVP und CVP wird mit 28 Ja-Stimmen **angenommen**.

Antrag der FDP, SVP und CVP zum Konto K62.5.045, Schanzrain/Allmendweg:

Das Projekt K62.5.045, Schanzrain/Allmendweg, Sanierung, Fr. 305'000.--, sei aus der Investitionsrechnung des Budgets 2014 zu streichen.

Dieser Antrag der FDP, SVP und CVP wird mit 28 Ja-Stimmen **angenommen**.

Marc Dübendorfer, Präsident: Bei der Seite 99 des Voranschlags liegen bei der Abteilung 7, Technische Betriebe, drei Abänderungsanträge der FDP und SVP vor. Die Anträge betreffen die Konten 7200, Abfallbewirtschaftung: Ersatz Kehrrechtfahrzeug, 7300, Friedhof: Umsetzung Wegsystem sowie 7301, Krematorium: Abbruch/Neubau Ofen 1. Ich eröffne die Diskussion zu diesen drei Anträgen.

Hanspeter Hilfiker: Wir haben uns natürlich ganz intensiv auch mit diesen Positionen beschäftigt. Wir würden die Anträge aber zurückziehen, wenn uns die Begründungen, weshalb das bei diesen drei Themenbereichen so gemacht worden ist, befriedigen.

Regina Jäggi, Stadträtin: Ich bemühe mich, Ihnen die Begründungen zu liefern. Weshalb braucht es ein neues Kehrrechtfahrzeug? Ich präsentiere Ihnen hier ein paar Zahlen dazu: Der Werkhof hat im Moment drei Kehrrechtwagen. Zwei sind zu 100 % und einer zu 80 % ausgelastet. Einer ist 13 Jahre alt, der andere 12 Jahre und der dritte 5 Jahre. Ich spreche jetzt vom 13-jährigen Kehrrechtwagen. Das ist der graue. Sie sehen ihn vielleicht ab und zu unterwegs. Diesen Kehrrechtwagen mussten wir kaufen, weil ein Kehrrechtwagen ganz kaputt war. Es ist ein Occasionsfahrzeug. Wir mussten ihn kaufen, weil wir dringendst Ersatz brauchten. Mit diesen 400'000 Franken, welche wir hier in der Investitionsrechnung haben, soll dieser 13-jährige Kehrrechtwagen nun ersetzt werden. Der orange Kehrrechtwagen, Marke Mercedes, ist 12-jährig. Er hat bereits riesige Reparaturen hinter sich, welche ein Wahnsinnsgeld gekostet haben. Wenn der jeweils ausfällt – und er wird zu 100 % eingesetzt – müssen wir Kehrrechtwagen zumieten. Die Mietgebühren im 2011 machten über 12'000 Franken aus, im 2012 waren es fast 17'000 Franken. Wenn er wieder wegen einer Reparatur ausfällt und ein Kehrrechtwagen zugemietet werden muss, kostet uns das 800-1'000 Franken pro Tag. Wenn der 13-jährige Occasionswagen, welcher zu 80 % ausgelastet ist, ausfallen würde, müssten wir mit Kosten von über 16'000 Franken in einem Monat rechnen. Das muss man sich bewusst sein. Die Erfahrungen zeigen auch, und das ist ganz klar, dass man ungefähr acht Jahre lang keine Probleme mit diesen Kehrrechtfahrzeugen hat. Nachher muss einfach mit grösseren Reparaturen gerechnet werden. Welche Varianten gäbe es, wenn Sie das Gefühl hätten, dass die 400'000 Franken herausgestrichen werden müssten? Man könnte die Anschaffung um ein Jahr hinauszögern. Vielleicht wäre das möglich. Das könnte aber zur Folge haben, dass wir wieder teure Mieten bezahlen müssten, wenn eines von beiden Kehrrechtfahrzeugen oder sogar beide aussteigen würden. Das hoffen wir natürlich nicht. Wir bemühen uns, die Fahrzeuge wirklich immer gut zu unterhalten. Bei den Mietautos ist es so, dass wir diese teilweise in Zürich abholen müssen. Das ist ökologisch und ökonomisch wirklich auch nicht sinnvoll. Eine andere Variante wäre das Leasing eines Kehrrechtfahrzeuges. Da existiert eine Offerte dazu. Diese sieht ungefähr so aus: Wenn wir davon ausgehen, dass ein Kehrrechtfahrzeug ca. 350'000 Franken kostet, müssten wir dort eine Anzahlung von 10 % des Kaufpreises, also 35'000 Franken leisten. Die monatlichen Raten würden ungefähr 4'800 Franken betragen bei 60 Monaten Leasing oder 4'100 Franken bei 72 Monaten. Dort gäbe es aber auf Fall einen Restwert von 50'000 Franken. Diesen müssten wir auf jeden Fall übernehmen, auch wenn dann ein neues Fahrzeug geleast würde. Diese Variante würde mir ehrlich gesagt am wenigsten zusagen. Das ganze Kehrrechtwesen könnte natürlich auch ausgelagert werden. Der Stadtrat hat aber das Aufgabengebiet des Kehrrechtwesens ganz klar bei den Kernaufgaben des Werkhofes gesehen. Eine Auslagerung würde bedeuten, dass wir ungefähr acht Männer entlassen müssten. Damit wäre aber auch der Winterdienst nicht mehr gewährleistet, wie auch die Samstags- und Sonntagsdienste nicht. Dienste am Maienzug und an anderen Grossanlässen, Papiersammlungen, Service public, all dies könnte nicht mehr angeboten werden, und zwar einfach aus diesem Grund, weil man dann nicht immer dieselben Mitarbeiter hätte. Die würden nicht immer dasselbe machen. Sie würden auch für andere Aufgaben eingesetzt werden. Deshalb wären verschiedene Sachen nicht mehr gewährleistet. Aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, dem Betrag zuzustimmen. Es wäre doch toll, wenn ich ein solches Kehrrechtfahrzeug kaufen könnte. Ich komme zum Wegsystem beim Friedhof: Es gibt ein Parkpflegewerk beim Friedhof. Der Stadtrat hat im März 2012 entschieden, wie das weitergehen sollte. Die neue Wegführung und die Sanierung des Wegnetzes sind betroffen. Das lehnt sich an die Neueinteilung der Grabfelder an und stellt somit auch die Zugänglichkeit der neuen Grabfelder in Zukunft sicher. Das heisst also, dass die geplanten Wege umgelegt, aufgehoben oder neu gebaut werden müssen. Das hat auch zur Folge, dass man Rabatten anpassen und entsprechend

bepflanzen muss. Die verschiedenen Arbeiten können gleich koordiniert werden, damit der Ablauf auf dem Friedhof möglichst wenig beeinträchtigt wird. Es ist deshalb auch wichtig, dass die Instandsetzungs- und Erweiterungsarbeiten laufend durchgeführt werden können, um dem Auftrag, wie er im Reglement steht, nämlich "der schicklichen Bestattung" gerecht zu bleiben. Die Arbeiten sollten aber auch möglichst rasch in Angriff genommen werden können, weil die Grabfelder erschlossen werden müssen, da wir nur noch ein Feld offen haben für Bestattungen resp. für Urnenfelder. Die Kapazität reicht noch für etwa 6-9 Monate. Wir müssen ja sowieso Sanierungsarbeiten auf den Asphaltwegen machen. Vielleicht haben Sie sich schon einmal geachtet: Von den Bäumen sind Wölbungen entstanden und es besteht wirklich Stolpergefahr auf diesen Wegen. Wir müssen daran denken, dass auf diesen Wegen auch ältere Menschen ev. mit einem Rollator oder gehbehinderte Personen unterwegs sind. Dort kann man wirklich stolpern und hinfallen. Deshalb wäre es gut, wenn man alles miteinander kombiniert machen könnte, ohne den Friedhof in eine grosse Baustelle zu verwandeln. Wir müssen vielleicht auch bedenken, dass bei einer Verschiebung trotzdem Sanierungsarbeiten vorgenommen werden müssen, wie ich das bereits vorhin erläutert habe. Den Grund habe ich Ihnen auch schon genannt. Eigentlich können wir nicht ganz auf Anpassungs- und Sanierungsarbeiten am Wegnetz verzichten, weil die neuen Grabfelder jetzt bereitgemacht werden müssen. Es wäre ungünstig, wenn man nicht zu den neuen Grabfeldern hinkommen würde. Ich komme zum dritten Antrag betr. Kredit für den Kremationsofen. Das gehört halt auch dazu. Hier möchte ich noch kurz ein paar Vorbemerkungen machen: Im Krematorium Aarau wird zurzeit im Normalbetrieb mit einem einzigen Kremationsofen gefahren. Dieser ist im Jahre 2001 erbaut worden. Der Ofen wird mit Gas betrieben und verfügt über eine Rauchgasreinigung, welche dem Stand der Technik entspricht. Der zweite, noch vorhandene Ofen ist aus dem Jahre 1978. Er wird mit Strom betrieben, hat aber keine Rauchgasreinigungsanlage. Deshalb darf er nicht mehr eingesetzt werden. Es wäre möglich, eine kantonale Ausnahmebewilligung zu erhalten, jedoch nur für 35 Kremationen pro Jahr. Der heutige, in Betrieb stehende Ofen hat eine Auslastung von durchschnittlich 1'850 Kremationen pro Jahr. Dieser Ofen muss zweimal jährlich einer kleineren Revision unterzogen werden. Eine solche Revision dauert ungefähr zwei Arbeitstage. Das entspricht einem durchschnittlichen Kremationsausfall von 8-12 Kremationen. Dieser Ausfall wird aber heute so kompensiert, dass in den Tagen vor bzw. nach der Revision einfach mehr Kremationen durchgeführt werden. Aus wirtschaftlicher Sicht ist es sehr wichtig, dass der Kremationsofen möglichst gut ausgelastet ist. Betriebsunterbrüche sollten möglichst vermieden werden, weil die Gefahr besteht, dass die Kremationen in auswärtige Krematorien verlagert werden. Wir haben eine Wirtschaftlichkeitsanalyse durch die BDO AG erstellen lassen. Aus dieser Analyse resultiert als beste und attraktivste Variante der Bau einer neuen Ofenlinie anstelle des alten Elektroofens. Der heutige Gasofen könnte als Ersatzofen betrieben werden. Als Folge der Neuanschaffung müssten nach Meinung der BDO AG die Gebühren im Jahre 2020 auf 625 Franken pro Kremation angehoben werden, damit der Eigenwirtschaftsbetrieb weiterhin voll kostendeckend geführt werden kann. Diese Erhöhung wird aber als realistisch, marktfähig und gerechtfertigt erachtet. Ein neuer Ofen könnte im Herbst/Winter 2016 in Betrieb genommen werden. Dann hätte der Ofen eine Einäscherungszahl von 27'750. Man rechnet 15 Jahre mal ein Jahresdurchschnitt von 1'850 Kremationen. Die Tendenz ist im Moment allerdings noch steigend. Nach einer so hohen Anzahl von Kremationen müsste dann mit grösseren Reparaturen gerechnet werden. Es bräuchte eine neue Teilausmauerung, Verschleissteile in der Rauchgasanlage wären zu ersetzen usw. Das hätte dann auch wieder einen Stillstand des Ofens für längere Zeit zur Folge. Das wäre aber eben gar nicht gut, denn wir stellen fest, dass bei längerem Abstellen des Ofens, wie wir es jetzt soeben wegen einer grösseren Revision tun mussten, das Risiko gross ist, dass die Gemeinden andere Krematorien wählen und dann leider auch bei diesen

bleiben und nicht mehr zurück kommen. Wir müssen uns einfach bewusst sein, dass wir alle Zulieferer auch weiterhin brauchen, um den Betrieb des Krematoriums so aufrechterhalten zu können. Man müsste einfach überlegen: Wollen wir ein Krematorium oder nicht? Wir können nur weiter ein Krematorium führen, wenn wir auch wirklich einen neuen Ofen machen. Sonst müssen wir sagen, dass wir die Kremationen nicht mehr gewährleisten können. Dann würden aber auch die Einnahmen wegfallen, welche wir brauchen.

Die Fraktionen der FDP und SVP ziehen alle drei Abänderungsanträge zurück.

Marc Dübendorfer, Präsident: Zum Schluss ist folgendes festzuhalten, damit das allen klar ist: Der Antrag 1 des Stadtrates versteht sich selbstverständlich unter Einschluss aller heute beschlossenen Änderungen. Wir stellen nun die Steuerfussfrage einander gegenüber, denn die Fraktion Grüne/JETZT! hat einen Abänderungsantrag gestellt mit folgendem Wortlaut:

*Das Budget 2014 der Einwohnergemeinde Aarau sei mit den Globalaufträgen der Produktgruppen sowie mit einem Steuerfuss von **100 %** zu genehmigen.*

Marc Dübendorfer, Präsident: Der Stadtrat beantragt die Genehmigung des Budgets 2014 mit einem Steuerfuss von 94 %. Wir werden diese nun gegenseitig ausmitteln. Danach können wir die Schlussabstimmung zum Budget 2014 durchführen. Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wird zur

Abstimmung über den Antrag der Fraktion Grüne/JETZT! zum Steuerfuss:

Antrag Grüne/JETZT!	Steuerfuss 100 %	16 Stimmen
Antrag Stadtrat	Steuerfuss 94 %	25 Stimmen

Der Antrag der Fraktion Grüne/JETZT! wird **abgelehnt**.

Schlussabstimmungen über den Voranschlag 2014

Abstimmung über den Antrag 1:

Der Einwohnerrat fasst mit 41 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Das Budget 2014 der Einwohnergemeinde Aarau mit den Globalaufträgen der Produktgruppen sowie mit einem Steuerfuss von 94 % wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 4 Abs. 3 der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum.

Abstimmung über den Antrag 2:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Die Produktgruppe 15 wird in "Abschreibungen/Abschluss" umbenannt unter gleichzeitiger, entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Abstimmung über den Antrag 3:

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Die Produktgruppe 41 wird in "Freiwillige Sozialarbeit" umbenannt unter gleichzeitiger, entsprechender Änderung des Anhangs zum WOSA-Reglement.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

85. Kreditabrechnung Sanierung von 5 Entsorgungsanlagen

Marc Dübendorfer, Präsident: Mit Datum vom 2. September 2013 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Sanierung von 5 Entsorgungsanlagen". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 450'000.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 160'602.85 ab. Es resultiert somit eine Kreditunterschreitung von Fr. 289'397.15 oder 64,31 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "Sanierung von 5 Entsorgungsanlagen".

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Marc Dübendorfer, Präsident: Ich danke allen für die Aufmerksamkeit bei diesem etwas anstrengenden Traktandum 5. Wir sehen uns voraussichtlich im Dezember bereits in etwas vorweihnächtlicher Stimmung wieder. Richten Sie sich dann darauf ein, dass wir noch einen geselligen Anlass nach der Einwohnerratsitzung geplant haben. Wie lange die Sitzung geht, kann ich nicht beurteilen, also machen Sie danach nicht gleich noch etwas ab. Ich hoffe, die Sitzung wird nicht allzu lange werden, sodass wir vielleicht noch mehr Zeit für den persönlichen Austausch haben. Ich wünsche allen eine gute Zeit bis dann.

Schluss der Sitzung: 23.05 Uhr

EINWOHNERRAT AARAU

Der Präsident:



Marc Dübendorfer

Der Protokollführer:



Stefan Berner